

06. 11. 92

Fz 34 Seiten

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Abkommen vom 4. Oktober 1991

**zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

A. Zielsetzung

Mit dem Königreich Norwegen besteht ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer vom 18. November 1958. Dieses Abkommen entspricht in wichtigen Bereichen nicht mehr dem gegenwärtigen Stand der deutsch-norwegischen Wirtschaftsbeziehungen, dem Steuerrecht beider Staaten und deren neuerer Abkommenspraxis. Es war daher an die veränderten Gegebenheiten anzupassen.

B. Lösung

Das Abkommen vom 4. Oktober 1991 enthält die erforderlichen Anpassungen. Es entspricht weitgehend dem OECD-Musterabkommen aus dem Jahr 1977. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 18. 12. 92

D. Kosten

Das Abkommen führt im Bereich der Dividendenbesteuerung durch die Senkung des Kapitalertragsteuersatzes zu Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von jährlich rund 7 Mio. DM. Eine Schätzung etwaiger weiterer Minder- oder Mehreinnahmen ist nicht möglich.

06. 11. 92

Fz

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 4. Oktober 1991
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (43) – 521 05 – Do 69/92

Bonn, den 6. November 1992

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Oktober 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Kohl

Fristablauf: 18. 12. 92

Entwurf**Gesetz**

**zu dem Abkommen vom 4. Oktober 1991
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Norwegen
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Oslo am 4. Oktober 1991 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 30 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, sind bereits ergangene Steuerfestsetzungen zu ändern oder aufzuheben. Steuerfestsetzungen sowie ihre Aufhebung und Änderung sind insoweit auch zulässig, wenn die Festsetzungsfrist abgelaufen ist; dies gilt nur bis zum Ablauf des vierten Kalenderjahrs, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist. Soweit sich bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens unter Berücksichtigung der jeweiligen Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland und im Königreich Norwegen insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuer Mehrbetrag nicht festgesetzt.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Abkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Das Abkommen wird nach seinem Artikel 30 Abs. 2 grundsätzlich ab 1. Januar 1991 anzuwenden sein. Durch Artikel 2 ist sichergestellt, daß die Anwendung des Abkommens ab 1. Januar 1991 weder durch bereits ergangene Steuerfestsetzungen noch durch den Ablauf von Festsetzungsfristen eingeschränkt ist.

Soweit sich durch die rückwirkende Anwendung des Abkommens in besonders gelagerten Einzelfällen eine höhere Gesamtbelastung an deutschen und norwegischen Steuern ergeben sollte als nach dem Rechtszustand bis zum Inkrafttreten des Abkommens, schließt Satz 3 des Artikels eine rückwirkende Verschlechterung für die Steuerpflichtigen aus. Die Regelung besagt, daß in solchen Fällen eine etwaige deutsche Mehrsteuer nur festgesetzt

wird, soweit ihr eine Entlastung an norwegischen Steuern gegenübersteht.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 30 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland, wie schon nach dem bisherigen Abkommen vom 18. November 1958, zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zustehen. Die Mehr- oder Mindereinnahmen lassen sich nur in einem Teilbereich, der Kapitalertragsteuer auf Dividenden, schätzen. Hier dürften Mindereinnahmen von jährlich rund 7 Mio. DM entstehen. Die Mehr- oder Mindereinnahmen wegen anderer Abkommensbestimmungen lassen sich nicht schätzen, werden aber haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Von dem Gesetz sind Auswirkungen auf die Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Norwegen
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Overenskomst
mellom Forbundsrepublikken Tyskland
og Kongeriket Norge
til unngåelse av dobbeltbeskatning og om gjensidig administrativ bistand
med hensyn til skatter av inntekt og av formue

Die Bundesrepublik Deutschland
 und
 das Königreich Norwegen –

Forbundsrepublikken Tyskland
 og
 Kongeriket Norge –

von dem Wunsch geleitet, ein neues Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen –

som ønsker å inngå en ny overenskomst til unngåelse av dobbeltbeskatning og om gjensidig administrativ bistand med hensyn til skatter av inntekt og formue –

haben folgendes vereinbart:

er blitt enige om følgende:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikkel 1

De personer som overenskomsten gjelder

Denne overenskomst får anvendelse på personer som er bosatt i en av eller i begge de kontraherende stater.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

- i) die Einkommensteuer,
- ii) die Körperschaftsteuer,
- iii) die Vermögensteuer,
- iv) die Gewerbesteuer und
- v) die Grundsteuer

(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

Artikkel 2

Skatter som omfattes av overenskomsten

1 Denne overenskomst får anvendelse på skatter av inntekt og formue som utskrives for regning av en kontraherende stat eller dens forbundsland, eller dens regionale eller lokale forvaltningsmyndigheter, uten hensyn til på hvilken måte de oppkreves.

2 Som skatter av inntekt og formue anses alle skatter som utskrives av den samlede inntekt, av den samlede formue, eller av deler av inntekten eller formuen, herunder skatter av gevinst ved avhøndelse av løsøre eller fast eiendom, så vel som skatter av verdistigning.

3 De gjeldende skatter som overenskomsten får anvendelse på er især:

a) I Forbundsrepublikken Tyskland:

- i) inntektsskatten (die Einkommensteuer);
 - ii) selskapsskatten (die Körperschaftssteuer);
 - iii) formuesskatten (die Vermögensteuer);
 - iv) næringsskatten (die Gewerbesteuer); og
 - v) skatten på fast eiendom (die Grundsteuer);
- (i det følgende kalt «tysk skatt»);

b) im Königreich Norwegen:

- i) die vom Staat erhobene Einkommensteuer (inntektsskatt til staten),
- ii) die von den Regierungsbezirken erhobene Einkommensteuer (inntektsskatt til fylkeskommunen),
- iii) die von den Gemeinden erhobene Einkommensteuer (inntektsskatt til kommunen),
- iv) die vom Staat erhobenen Beiträge zum Steuerausgleichsfonds (fellesskatt til Skattefordelingsfondet),
- v) die vom Staat erhobene Vermögensteuer (formuesskatt til staten),
- vi) die von den Gemeinden erhobene Vermögensteuer (formuesskatt til kommunen),
- vii) die vom Staat erhobene Steuer auf Einkünfte und Vermögen aus der Erforschung und Ausbeutung von unter dem Meer liegenden Ölvorkommen und hiermit zusammenhängenden Tätigkeiten und Arbeiten einschließlich des Transports von gefördertem Öl über Pipelines (skatt til staten vedrørende inntekt og formue i forbindelse med undersøkelse etter og utnyttelse av undersjøiske petroleumsforkomster og dertil knyttet virksomhet og arbeid, herunder rørledningstransport av utvunnet petroleum) und
- viii) die vom Staat erhobenen Abgaben auf Einkünfte nichtansässiger Künstler (avgift til staten av honorarer som tilfaller kunstnere bosatt i utlandet)

(im folgenden als „norwegische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die von einem Vertragsstaat nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommen, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder das Königreich Norwegen;
- b) bedeutet der Ausdruck „Königreich Norwegen“ das Königreich Norwegen einschließlich aller Gebiete außerhalb der Hoheitsgewässer des Königreichs Norwegen, in denen das Königreich Norwegen nach norwegischem Recht und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht seine Rechte hinsichtlich des Meeresbodens und Meeresuntergrunds sowie ihrer Natur-schätze ausüben darf; der Ausdruck umfaßt nicht Svalbard, Jan Mayen und die abhängigen Gebiete Norwegens („biland“);
- c) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“ das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt, einschließlich des an das Küstenmeer angrenzenden Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüberliegenden Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort zur Erforschung und zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihrem innerstaatlichen Recht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt;
- d) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat

b) i Kongeriket Norge:

- i) inntektsskatt til staten;
- ii) inntektsskatt til fylkeskommunen;
- iii) inntektsskatt til kommunen;
- iv) fellesskatt til Skattefordelingsfondet;
- v) formuesskatt til staten;
- vi) formuesskatt til kommunen;
- vii) skatt til staten vedrørende inntekt og formue i forbindelse med undersøkelse etter og utnyttelse av undersjøiske petroleumsforkomster og dertil knyttet virksomhet og arbeid, herunder rørledningstransport av utvunnet petroleum; og
- viii) avgift til staten av honorarer som tilfaller kunstnere bosatt i utlandet;

(i det følgende kalt «norsk skatt»).

4 Overenskomsten skal også få anvendelse på alle skatter av samme eller vesentlig lignende art, som i tillegg til eller i stedet for de gjeldende skatter blir utskrevet av en av de kontraherende stater etter tidspunktet for undertegningen av denne overenskomst.

Artikkel 3

Alminnelige definisjoner

1 Hvis ikke annet fremgår av sammenhengen har følgende uttrykk i overenskomsten denne betydning:

- a) «en kontraherende stat» og «den annen kontraherende stat» betyr Forbundsrepublikken Tyskland eller Kongeriket Norge, slik det fremgår av sammenhengen;
- b) «Kongeriket Norge» betyr Kongeriket Norge, herunder ethvert område utenfor Kongeriket Norges sjøterritorium, hvor Kongeriket Norge overensstemmende med norsk lovgivning og folkeretten, kan utøve sine rettigheter med hensyn til havbunnen og undergrunnen samt deres naturforekomster; uttrykket omfatter ikke Svalbard, Jan Mayen og de norske biland;
- c) «Forbundsrepublikken Tyskland» betyr det området hvor Forbundsrepublikken Tysklands skattelovgivning gjelder, herunder havbunnen som grenser mot sjøterritoriet, dennes undergrunn og overliggende vannmasse, for så vidt som Forbundsrepublikken Tyskland, når det gjelder undersøkelse etter og utnyttelse av naturforekomster, der utøver suverene rettigheter og overherredømme i overensstemmelse med folkeretten og sin nasjonale lovgivning;
- d) «person» omfatter en fysisk person, et selskap og enhver annen sammenslutning;
- e) «selskap» betyr enhver juridisk person eller enhver enhet som i skattemessig henseende behandles som en juridisk person;
- f) «foretagende i en kontraherende stat» og «foretagende i den annen kontraherende stat» betyr henholdsvis et foretagende som drives av en person bosatt i en kontraherende stat og et

ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
- i) in bezug auf das Königreich Norwegen alle natürlichen Personen, welche die Staatsangehörigkeit des Königreichs Norwegen besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem im Königreich Norwegen geltenden Recht errichtet worden sind;
 - ii) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
- i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
- i) im Königreich Norwegen den Minister für Finanzen und Zoll oder seinen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen oder seinen bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, außer wenn es der Zusammenhang anders erfordert oder die zuständigen Behörden sich nach Artikel 25 auf eine gemeinsame Auslegung geeinigt haben, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

foretagende som drives av en person bosatt i den annen kontraherende stat;

- g) «internasjonal fart» betyr enhver transport med skip eller luftfartøy drevet av et foretagende hvis virkelige ledelse har sitt sete i en kontraherende stat, unntatt når skipet eller luftfartøyet går i fart bare mellom steder i den annen kontraherende stat;
- h) «statsborgere» betyr:
- i) når det gjelder Kongeriket Norge, alle fysiske personer som er borgere av Kongeriket Norge og alle juridiske personer, interessentskap og sammenslutninger som erverver sin status som sådan i henhold til gjeldende lovgivning i Kongeriket Norge;
 - ii) når det gjelder Forbundsrepublikken Tyskland, enhver person som er tysk i henhold til Forbundsrepublikken Tysklands grunnlov artikkel 116 paragraf 1 og enhver juridisk person, interessentskap og sammenslutning som erverver sin status som sådan i henhold til gjeldende lovgivning i Forbundsrepublikken Tyskland;
- i) «kompetent myndighet» betyr:
- i) i Kongeriket Norge, finans- og tollministeren eller den som har fullmakt fra ham;
 - ii) i Forbundsrepublikken Tyskland, forbundsfinansministeren eller den som har fullmakt fra ham.

2 Ved en kontraherende stats anvendelse av denne overenskomst skal ethvert uttrykk som ikke er definert i overenskomsten, når ikke annet fremgår av sammenhengen eller de kompetente myndigheter er enige om en felles betydning i medhold av artikkel 25, ha den betydning som følger av lovgivningen i vedkommende stat med hensyn til de skatter som denne overenskomst får anvendelse på.

Artikkel 4

Skattemessig bopel

1 I denne overenskomst betyr uttrykket «person bosatt i en kontraherende stat» enhver person som i henhold til lovgivningen i denne stat er skattepliktig der på grunnlag av domisil, bopel, sete for styre eller ethvert annet lignende kriterium. Uttrykket omfatter imidlertid ikke noen person som er skattepliktig i denne stat bare på grunnlag av inntekt fra kilder i denne stat eller formue som befinner seg der.

2 Når en fysisk person ifølge punkt 1 er bosatt i begge kontraherende stater, skal hans status avgjøres etter følgende regler:

- a) han skal anses for bosatt i den stat hvor han disponerer fast bolig. Hvis han disponerer fast bolig i begge stater, skal han anses for bosatt i den stat hvor han har de sterkeste personlige og økonomiske forbindelser (sentrum for livsinteressene);
- b) hvis det ikke kan bringes på det rene i hvilken stat han har sentrum for livsinteressene, eller hvis han ikke disponerer en fast bolig i noen av dem, skal han anses for bosatt i den stat hvor han har vanlig opphold;
- c) hvis han har vanlig opphold i begge stater eller ikke i noen av dem, skal han anses for bosatt i den stat hvor han er statsborger;
- d) hvis han er statsborger av begge stater eller ikke av noen av dem, skal de kompetente myndigheter i de kontraherende stater avgjøre spørsmålet ved gjensidig avtale.

3 Når en annen person enn en fysisk person ifølge punkt 1 anses for bosatt (hjemmehørende) i begge kontraherende stater, skal den anses for bosatt (hjemmehørende) i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse har sitt sete.

Artikel 5 Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in einem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 5 Fast driftssted

1 Uttrykket «fast driftssted» betyr i denne overenskomst et fast forretningssted gjennom hvilket et foretagendes virksomhet helt eller delvis blir utøvet.

2 Uttrykket «fast driftssted» omfatter særlig:

- a) et sted hvor foretagendet har sin ledelse;
- b) en filial;
- c) et kontor;
- d) en fabrikk;
- e) et verksted, og
- f) et bergverk, en olje- eller gasskilde, et stenbrudd eller ethvert annet sted hvor naturforekomster utvinnes.

3 Stedet for et bygningsarbeid, et anleggs-, monterings- eller installasjonsprosjekt utgjør et fast driftssted bare hvis det varer mer enn tolv måneder.

4 Uansett de foranstående bestemmelser i denne artikkel, skal uttrykket «fast driftssted» ikke anses å omfatte:

- a) bruk av innretninger utelukkende til lagring, utstilling eller utlevering av varer som tilhører foretagendet;
- b) opprettholdelsen av et varelager som tilhører foretagendet utelukkende for lagring, utstilling eller utlevering;
- c) opprettholdelsen av et varelager som tilhører foretagendet utelukkende for bearbeidelse ved et annet foretagende;
- d) opprettholdelsen av et fast forretningssted utelukkende for innkjøp av varer eller til innsamling av opplysninger for foretagendet;
- e) opprettholdelsen av et fast forretningssted utelukkende for reklame, meddelelse av opplysninger, vitenskapelig forskning eller lignende virksomhet som for foretagendet er av forberedende art eller har karakter av en hjelpevirksomhet;
- f) opprettholdelsen av et fast forretningssted utelukkende for en kombinasjon av aktiviteter som nevnt i underpunktene a til e, forutsatt at det faste forretningssteds samlede virksomhet som skriver seg fra denne kombinasjon, er av forberedende art eller har karakter av en hjelpevirksomhet.

5 Når en person, som ikke er en uavhengig mellommann som punkt 6 gjelder for, opptre på vegne av et foretagende og har, og vanligvis utøver, i en kontraherende stat fullmakt til å slutte kontrakter på vegne av foretagendet, skal foretagendet uansett punktene 1 og 2 anses for å ha et fast driftssted i denne stat for enhver virksomhet som denne person påtar seg for foretagendet. Dette gjelder dog ikke hvis virksomheten er begrenset til å omfatte aktiviteter nevnt i punkt 4, og som hvis de ble utøvet gjennom et fast forretningssted ikke ville ha gjort dette fast forretningssted til et fast driftssted etter nevnte punkt.

6 Et foretagende skal ikke anses for å ha et fast driftssted i en kontraherende stat bare av den grunn at det driver forretningsvirksomhet i denne stat gjennom en megler, kommisjonær eller annen uavhengig mellommann, såfremt disse personer opptre innenfor rammen av sin ordinære forretningsvirksomhet.

7 Den omstendighet at et selskap hjemmehørende i en kontraherende stat kontrollerer eller blir kontrollert av et selskap som er hjemmehørende i den annen kontraherende stat, eller som utøver forretningsvirksomhet i denne annen stat (enten gjennom et fast driftssted eller på annen måte), medfører ikke i seg selv at et av disse selskaper anses for et fast driftssted for det annet.

Artikel 6**Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7**Unternehmensgewinne**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuern den Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikkel 6**Inntekt av fast eiendom**

1 Inntekt som en person bosatt i en kontraherende stat oppbeærer av fast eiendom (herunder inntekt av jordbruk eller skogbruk) som ligger i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat.

2 Uttrykket «fast eiendom» skal ha den betydning som det har etter lovgivningen i den kontraherende stat hvor vedkommende eiendom ligger. Uttrykket omfatter under enhver omstendighet tilbehør til fast eiendom, besetning og redskaper som anvendes i jordbruk og skogbruk, rettigheter som er undergitt privatrettens regler om fast eiendom, bruksrett til fast eiendom og rett til varierende eller faste ytelser som vederlag for utnyttelse av eller retten til å utnytte mineralforekomster, kilder og andre naturforekomster. Skip og luftfartøy anses ikke som fast eiendom.

3 Punkt 1 får anvendelse på inntekt som oppbeøres ved direkte bruk, utleie eller ved enhver annen form for utnyttelse av fast eiendom.

4 Punktene 1 og 3 får også anvendelse på inntekt av fast eiendom som tilhører et foretagende, og på inntekt av fast eiendom som anvendes ved utøvelse av selvstendige personlige tjenester.

Artikkel 7**Fortjeneste ved forretningsvirksomhet**

1 Fortjeneste som oppbeøres av et foretagende i en kontraherende stat skal bare kunne skattlegges i denne stat, med mindre foretaket utøver forretningsvirksomhet i den annen kontraherende stat gjennom et fast driftssted der. Hvis foretaket utøver slik forretningsvirksomhet, kan dets fortjeneste skattlegges i den annen stat, men bare så meget av den som kan tilskrives det faste driftssted.

2 Når et foretagende i en kontraherende stat utøver forretningsvirksomhet i den annen kontraherende stat gjennom et fast driftssted der, skal det, med forbehold av punkt 3, i hver kontraherende stat tilskrives det faste driftssted den fortjeneste som det ventelig ville ha ervervet hvis det hadde vært et særskilt og selvstendig foretagende som utøvet samme eller lignende virksomhet under de samme eller lignende forhold og som opptrådte helt uavhengig i forhold til det foretagende hvis faste driftssted det er.

3 Ved fastsettelsen av at fast driftssteds fortjeneste skal det innrømmes fradrag for utgifter som er påløpt i forbindelse med det faste driftssted, herunder direksjons- og alminnelige administrasjonsutgifter, uansett om de er påløpt i den stat hvor det faste driftssted ligger eller andre steder.

4 I den utstrekning det har vært vanlig praksis i en kontraherende stat å fastsette den fortjeneste som skal tilskrives et fast driftssted på grunnlag av en fordeling av foretaketets samlede fortjeneste på dets forskjellige avdelinger, skal intet i punkt 2 utelukke denne kontraherende stat fra å fastsette den skattbare fortjeneste ved en slik fordeling som måtte være vanlig. Den fordelingsmetode som anvendes skal imidlertid være slik at resultatet blir overensstemmende med de prinsipper som er fastsatt i denne artikkel.

5 Ingen fortjeneste skal henføres til et fast driftssted utelukkende i anledning av dettes innkjøp av varer for foretaket.

6 Ved anvendelse av de foranstående punkter skal den fortjeneste som tilskrives det faste driftssted fastsettes etter den samme fremgangsmåte hvert år, med mindre det er fyldestgjørende grunn for noe annet.

7 Hvor fortjenesten omfatter inntekter som er særskilt omhandlet i andre artikler i denne overenskomst, skal bestemmelsene i disse artikler ikke berøres av reglene i nærværende artikkel.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus Beteiligungen an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

(3) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus der Vermietung von Behältern (einschließlich Anhängern und dazugehöriger Ausrüstung für die Beförderung von Behältern), die für die Beförderung von Gütern oder Waren im internationalen Verkehr benutzt werden, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten für Gewinne des gemeinsamen norwegischen, dänischen und schwedischen Lufttransportkonsortiums Scandinavian Airlines System (SAS), aber nur soweit die Gewinne des Det Norske Luftfartselskap A/S (DNL), des norwegischen Gesellschafters des Scandinavian Airlines System (SAS), seiner Beteiligung an dieser Organisation entsprechen.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 kann der Staat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, keine Steuer auf Dividenden erheben, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine im anderen Staat ansässige Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt.

(4) Wenn und solange der in einem der Staaten erhobene Steuersatz für ausgeschüttete Gewinne einer Gesellschaft niedriger ist als der Steuersatz für nichtausgeschüttete Gewinne und

Artikel 8

Skipsfart og luftfart

1 Fortjeneste ved driften av skip eller luftfartøy i internasjonal fart skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse for foretagendet har sitt sete.

2 Punkt 1 får også anvendelse på fortjeneste oppebåret ved deltakelse i en «pool», et felles forretningsforetagende eller et internasjonalt driftskontor.

3 Fortjeneste oppebåret av et foretagende hjemmehørende i en kontraherende stat ved utleie av containere (innbefattet tilhengere og tilknyttet utstyr for transport av containere) benyttet til transport av varer i internasjonal trafikk, skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse for foretagendet har sitt sete.

4 Punktene 1 og 2 skal få anvendelse på fortjeneste oppebåret av det felles norske, danske og svenske luftfartskonsortium Scandinavian Airlines System (SAS), men bare i den utstrekning fortjenesten oppebåret av Det Norske Luftfartselskap A/S (DNL), den norske interessent i Scandinavian Airlines System (SAS), svarer til dens andel i nevnte organisasjon.

Artikkel 9

Foretagender med fast tilknytning til hverandre

I tilfelle hvor

- a) et foretagende i en kontraherende stat deltar direkte eller indirekte i ledelsen, kontrollen eller kapitalen i et foretagende i den kontraherende stat, eller
- b) samme personer deltar direkte eller indirekte i ledelsen, kontrollen eller kapitalen i et foretagende i en kontraherende stat og et foretagende i den annen kontraherende stat,

skal følgende gjelde:

Dersom det i slike tilfelle mellom de to foretagender blir avtalt eller pålagt vilkår i deres kommersielle eller finansielle samkvem som avviker fra dem som ville ha vært avtalt mellom uavhengige foretagender, kan enhver fortjeneste som uten disse vilkår ville ha tilfalt et av foretagendene, men i kraft av disse vilkår ikke har tilfalt dette, medregnes i og skattlegges sammen med dette foretagendets fortjeneste.

Artikkel 10

Dividender

1 Dividender som utdeles av et selskap hjemmehørende i en kontraherende stat til en person bosatt i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat.

2 Slike dividender kan imidlertid også skattlegges i den kontraherende stat hvor det selskap som utdeler dividendene er hjemmehørende og i henhold til denne stats lovgivning, men hvis mottakeren er den virkelige rettighetshaver til dividendene skal den skatt som legges ikke overstige 15 prosent av dividendenes bruttobeløp.

3 Uansett punkt 2 kan den stat i hvilken det utdelende selskap er hjemmehørende ikke skattlegge dividendene, dersom den virkelige rettighetshaver til dividendene er et selskap (unntatt et interessentskap) som er hjemmehørende i den annen stat og direkte innehar minst 25 prosent av det utdelende selskaps kapital.

4 Uansett punkt 3 kan hver av statene, hvis og så lenge en av statene nytter en skattesats på et selskaps utdelte overskudd som er lavere enn den skattesats som nyttes på selskapets ikke-

der Unterschied zwischen den beiden Sätzen 5 Prozentpunkte oder mehr beträgt, kann jeder der Staaten ungeachtet des Absatzes 3 die Dividenden besteuern, die eine in einem der Staaten ansässige Gesellschaft an eine im anderen Staat ansässige Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) zahlt, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der oben angegebene Unterschied 15 Prozentpunkte oder weniger beträgt;
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der oben angegebene Unterschied mehr als 15 Prozentpunkte beträgt.

Wenn jedoch der oben angegebene Unterschied in einem der Staaten 20 Prozentpunkte oder mehr beträgt, kann dieser Staat eine Steuer auf die Dividenden erheben, die 15 vom Hundert ihres Bruttobetrags nicht übersteigen darf.

(5) Die Absätze 2, 3 und 4 berühren nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(6) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Rechten stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, und Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen. Im Fall der Bundesrepublik Deutschland umfaßt der Ausdruck „Dividenden“ auch Einkünfte aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen.

(7) Die Absätze 1, 2, 3 und 4 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(8) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art (auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind) und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Vertragsstaats, aus dem die Einkünfte stam-

melte überschüssig, und differansen mellom disse skattesatser er 5 prosentpoeng eller mer, utligne en skatt på dividender som utdeles av et selskap hjemmehørende i en av statene til et selskap (unntatt et interessentskap) som er hjemmehørende i den annen stat og som direkte innehar minst 25 prosent av det utdelende selskaps kapital, men den skatt som ilegges skal ikke overstige:

- a) 5 prosent av dividendenes bruttobeløp, hvis den ovennevnte differanse er 15 prosentpoeng eller mindre;
- b) 10 prosent av dividendenes bruttobeløp, hvis den ovennevnte differanse overstiger 15 prosentpoeng.

Når imidlertid den ovennevnte differanse utgjør 20 prosentpoeng eller mer, kan denne stat utligne en skatt på dividenden, som ikke kan overstige 15 prosent av dividendenes bruttobeløp.

5 Punktene 2, 3 og 4 berører ikke skattleggingen av selskapet for så vidt angår den fortjeneste som dividendene utdeles av.

6 Uttrykket «dividender» i denne artikkel betyr inntekt av aksjer, «jouissance» aksjer eller «jouissance» rettigheter, bergverksaksjer, stifterandeler eller andre rettigheter som ikke er gjeldsfordringer, med rett til andel i overskudd, så vel som inntekt av andre rettigheter som etter lovgivningen i den stat hvor det utdelende selskap er hjemmehørende, er undergitt den samme skattemessige behandling som inntekt av aksjer. Uttrykket omfatter også inntekt oppebåret av stille deltaker fra deltakelse som sådan, samt utbetalinger på grunnlag av deltakerbevis i et investeringsfond. Når det gjelder Forbundsrepublikken Tyskland, omfatter «dividender» også inntekt fra et «partiarisches Darlehen» og fra «Gewinnobligationen».

7 Punktene 1, 2, 3 og 4 får ikke anvendelse når den virkelige rettighetshaver til dividendene er bosatt i en kontraherende stat og utøver forretningsvirksomhet gjennom et fast driftssted i den annen kontraherende stat hvor det utdelende selskap er hjemmehørende, eller i denne annen stat yter selvstendige personlige tjenester fra et fast sted der, og de aksjer som dividendene utdeles av reelt er knyttet til det faste driftssted eller det faste sted. I så fall får henholdsvis artikkel 7 eller artikkel 14 anvendelse.

8 Når et selskap hjemmehørende i en kontraherende stat oppebærer fortjeneste eller inntekt fra den annen kontraherende stat, kan denne annen stat ikke skattlegge dividender utdelt av selskapet, med mindre dividendene er utdelt til en person bosatt i denne annen stat eller de aksjer som dividendene utdeles av er reelt knyttet til et fast driftssted eller et fast sted i denne annen stat, og kan heller ikke skattlegge selskapets ikke-utdelte overskudd selv om de utdelte dividender eller det ikkeutdelte overskudd består helt eller delvis av fortjeneste eller inntekt som skriver seg fra denne annen stat.

Artikel 11

Renter

1 Renter som skriver seg fra en kontraherende stat og utbetales til en person bosatt i den annen kontraherende stat, skal, dersom denne person er den virkelige rettighetshaver til rentene, bare kunne skattlegges i denne annen stat.

2 Uttrykket «renter» i denne artikkel betyr inntekt av fordringer av enhver art (uansett om de er sikret ved pant i fast eiendom eller ikke), og omfatter særlig inntekt av statsobligasjoner og inntekter av andre obligasjoner eller gjeldsbrev, herunder premie- og tilleggsbeløp som knytter seg til slike obligasjoner eller gjeldsbrev, så vel som all annen inntekt som etter skattelovgivningen i den kontraherende stat hvor inntekten skriver seg fra behandles som inntekt av

men, als Einkünfte aus Darlehen behandelt werden. Der Ausdruck „Zinsen“ umfaßt jedoch nicht in Artikel 10 behandelte Einkünfte.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Staat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12 Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Filme oder Bandaufnahmen für Rundfunk oder Fernsehen, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13 Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließ-

lähnt kapital. Der Ausdruck „renter“ umfasst imidlertid ikke inntekt som er omhandlet i artikkel 10.

3 Punkt 1 får ikke anvendelse når den virkelige rettighetshaver til rentene er bosatt i en kontraherende stat og utøver forretningsvirksomhet gjennom et fast driftssted i den annen stat hvor rentene skrives seg fra, eller i denne annen stat yter selvstendige personlige tjenester fra et fast sted der, og den fordring som foranlediger rentebetalingen reelt er knyttet til det faste driftssted eller det faste sted. I så fall får henholdsvis artikkel 7 eller artikkel 14 anvendelse.

4 Når rentebeløpet, på grunn av et særlig forhold mellom betaleren og den virkelige rettighetshaver eller mellom begge og tredjemann, og sett i relasjon til den gjeld som det erlegges for, overstiger det beløp som ville ha vært avtalt mellom betaleren og den virkelige rettighetshaver hvis det særlige forhold ikke hadde foreligget, skal denne artikkel bare få anvendelse på det sistnevnte beløp. I så fall skal den overskytende del av betalingen kunne skattlegges i henhold til lovgivningen i hver av de kontraherende stater under hensyntagen til denne overenskomsts øvrige bestemmelser.

Artikkel 12 Royalty

1 Royalty som skrives seg fra en kontraherende stat og utbetales til en person bosatt i den annen kontraherende stat, skal, dersom denne person er den virkelige rettighetshaver til royaltyen, bare kunne skattlegges i denne annen stat.

2 Uttrykket «royalty» i denne artikkel betyr betaling av enhver art som mottas som vederlag for bruken av, eller retten til å bruke, enhver opphavsrett til verker av litterær, kunstnerisk eller vitenskapelig karakter, herunder kinematografiske filmer, filmer eller bånd for radio- eller fjernsynsutsendelse, alle slags patenter, varemerker, mønstre eller modeller, tegninger, hemmelige formeler eller fremstillingsmåter, eller for opplysninger om industrielle, kommersielle eller vitenskapelige erfaringer.

3 Punkt 1 får ikke anvendelse når den virkelige rettighetshaver til royaltyen er bosatt i en kontraherende stat og utøver forretningsvirksomhet gjennom et fast driftssted i den annen kontraherende stat hvor royaltyen skrives seg fra, eller i denne annen stat yter selvstendige personlige tjenester fra et fast sted der, og den rettighet eller eiendom som foranlediger betalingen av royaltyen reelt er knyttet til det faste driftssted eller det faste sted. I så fall får henholdsvis artikkel 7 eller artikkel 14 anvendelse.

4 Når royaltybeløpet, på grunn av et særlig forhold mellom betaleren og den virkelige rettighetshaver eller mellom begge og tredjemann, og sett i relasjon til den bruk, rettighet eller opplysning som det er vederlag for, overstiger det beløp som ville ha vært avtalt mellom betaleren og den virkelige rettighetshaver hvis det særlige forhold ikke hadde foreligget, skal denne artikkel bare få anvendelse på det sistnevnte beløp. I så fall skal den overskytende del av betalingen kunne skattlegges i henhold til lovgivningen i hver av de kontraherende stater under hensyntagen til denne overenskomsts øvrige bestemmelser.

Artikkel 13 Formuedsgevinst

1 Gevinst som en person bosatt i en kontraherende stat oppbærer ved avhendelse av fast eiendom som omhandlet i artikkel 6, og som ligger i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat.

2 Gevinst ved avhendelse av løsøre som utgjør driftsmidler knyttet til et fast driftssted som et foretagende i en kontraherende stat har i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat. Dette gjelder også løsøre knyttet til et fast sted som en person bosatt i en kontraherende stat har i den annen kontraherende stat for utøvelse av selvstendige personlige tjenester. Det

lich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen sowie von Behältern, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe, Luftfahrzeuge oder Behälter dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Gewinne des Unternehmens nach Artikel 8 besteuert werden können.

(4) Gewinne aus der Veräußerung aller Anteile oder der Mehrheit der Anteile einer Gesellschaft, deren Vermögenswerte ganz oder zum größten Teil aus in einem Vertragsstaat gelegenen unbeweglichen Vermögen bestehen, können in diesem Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der vollständigen oder teilweisen Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung an einer Gesellschaft können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Gesellschaft ansässig ist, wenn der im anderen Vertragsstaat ansässige Veräußerer eine natürliche Person ist, die

- a) im erstgenannten Staat nach Artikel 4 zu irgendeiner Zeit während der fünf der Veräußerung unmittelbar vorausgegangenen Jahre ansässig war und
- b) mit diesen Gewinnen im anderen Staat nicht der Besteuerung unterliegt.

Eine wesentliche Beteiligung besteht, wenn der Veräußerer mehr als 25 vom Hundert des Kapitals der Gesellschaft hält.

(6) Gewinne aus der Veräußerung des in den vorstehenden Absätzen nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Vertragsstaat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 17, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während eines Zeitraums von 12 Monaten aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber getragen werden, der in dem Staat ansässig ist, in dem der Empfänger ansässig ist, und

samme gjelder gevinst ved avhendelse av slikt fast driftssted (alene eller sammen med hele foretagendet) eller av fast sted som nevnt.

3 Gevinst ved avhendelse av skip eller luftfartøy så vel som containere, drevet i internasjonal fart, eller løsøre knyttet til driften av slike skip, luftfartøy eller containere, skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor foretagendets fortjeneste kan skattlegges i henhold til artikkel 8.

4 Gevinst ved avhendelse av alle eller flertallet av aksjene i et selskap hvis aktiva helt eller hovedsaklig består av fast eiendom som ligger i en kontraherende stat, kan skattlegges i denne stat.

5 Gevinst ved hel eller delvis avhendelse av en vesentlig eierandel i et selskap kan skattlegges i den kontraherende stat hvor selskapet er hjemmehørende, dersom avhenderen er en fysisk person bosatt i den annen kontraherende stat som

- a) var bosatt i den førstnevnte stat i henhold til artikkel 4 på noe tidspunkt i løpet av en fem-års periode umiddelbart forut for avhendelsen, og
- b) ikke er skattepliktig i den annen stat for slik gevinst.

En vesentlig eierandel foreligger når avhenderen forfører over mer enn 25 prosent av selskapets kapital.

6 Gevinst ved avhendelse av enhver annen formuesgjenstand enn omhandlet i de foregående punkter skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor avhenderen er bosatt.

Artikkel 14

Selvstendige personlige tjenester (fritt yrke)

1 Inntekt som en person bosatt i en kontraherende stat oppbærer gjennom utøvelse av et fritt yrke eller annen virksomhet av selvstendig karakter, skal bare kunne skattlegges i denne stat, med mindre han i den annen kontraherende stat har et fast sted som regelmessig står til hans rådighet for utøvelse av hans virksomhet. Hvis han råder over et slikt fast sted, kan inntekten skattlegges i den annen kontraherende stat, men bare så meget av den som kan tilskrives dette faste sted.

2 Uttrykket «fritt yrke» omfatter særlig selvstendig virksomhet av vitenskapelig, litterær, kunstnerisk, pedagogisk eller undervisningsmessig art, så vel som selvstendig virksomhet som lege, advokat, ingeniør, arkitekt, tannlege og revisor.

Artikkel 15

Uselvstendige personlige tjenester (lønnsarbeid)

1 Med forbehold av artiklene 16, 17, 18 og 19 skal lønn og annen lignende godtgjørelse som en person bosatt i en kontraherende stat mottar i anledning av lønnsarbeid, bare kunne skattlegges i denne stat, med mindre lønnsarbeidet er utført i den annen kontraherende stat. Hvis arbeidet er utført der, kan godtgjørelse som skriver seg fra dette skattlegges i denne annen stat.

2 Uansett punkt 1, skal godtgjørelse som en person bosatt i en kontraherende stat mottar i anledning av lønnsarbeid utført i den annen kontraherende stat, bare kunne skattlegges i den førstnevnte stat, dersom:

- a) mottakeren oppholder seg i denne annen stat i et eller flere tidsrom som til sammen ikke overstiger 183 dager i løpet av enhver tolv-måneders periode; og
- b) godtgjørelsen blir belastet en arbeidsgiver som er bosatt i den stat der mottakeren er bosatt; og

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Soweit jedoch die Vergütungen in diesem Staat von der Steuer befreit sind, können sie im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

Bezieht eine im Königreich Norwegen ansässige Person Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das vom Konsortium Scandinavian Airlines System (SAS) im internationalen Verkehr betrieben wird, so können diese Vergütungen nur im Königreich Norwegen besteuert werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats oder eines ähnlichen Organs einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt. Das gilt auch für Einkünfte, die dieser anderen Person dafür zufließen, daß sie als Vermittler tätig ist oder anderweitig die Leistungen des Künstlers oder Sportlers einem Dritten zur Verfügung stellt, sowie für sonstige Zahlungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Künstlers oder Sportlers.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte, die ein Künstler oder Sportler aus seiner in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit bezieht, wenn er im anderen Staat ansässig ist und der Aufenthalt im erstgenannten Staat im wesentlichen unmittelbar oder mittelbar aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften unterstützt wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter, Unterhaltszahlungen, Renten und ähnliche Zahlungen

(1) Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ruhegehälter, Renten und sonstige wiederkehrende oder einmalige Zahlungen, die ein Vertragsstaat, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften als Vergütung für einen Schaden, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist, an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person leistet, sind im anderen Vertragsstaat von der Steuer befreit.

(3) Leistungen aufgrund des Sozialversicherungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, die an eine im Königreich Nor-

c) godtgjørelsen ikke belastes et fast driftssted eller et fast sted som arbeidsgiveren har i denne annen stat.

3 Uansett de foranstående bestemmelser i denne artikkel kan godtgjørelse for lønnsarbeid utført om bord i et skip eller luftfartøy drevet i internasjonal fart, skattlegges i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse for foretaket har sitt sete. I den utstrekning godtgjørelsen er unntatt fra beskatning i denne stat, kan imidlertid godtgjørelsen skattlegges i den annen kontraherende stat.

Hvor en person bosatt i Kongeriket Norge mottar godtgjørelse for lønnsarbeid utført om bord i et luftfartøy drevet i internasjonal fart av konsortiet Scandinavian Airlines System (SAS), skal slik godtgjørelse bare kunne skattlegges i Kongeriket Norge.

Artikkel 16

Styregodtgjørelse

Styregodtgjørelse og lignende vederlag som oppbæres av en person bosatt i en kontraherende stat, i egenskap av medlem av styret eller lignende organ i et selskap som er hjemmehørende i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat.

Artikkel 17

Artister og idrettsutøvere

1 Uansett artiklene 7, 14 og 15, kan inntekt som en person bosatt i en kontraherende stat oppbærer ved personlig virksomhet utøvet i den annen kontraherende stat som artist, så som skuespiller, filmskuespiller, radio- eller fjernsynsartist, musiker eller idrettsutøver, skattlegges i denne annen stat.

2 Når inntekt som skriver seg fra personlig virksomhet utøvet av en artist eller en idrettsutøver i denne egenskap, ikke tilfaller artisten eller idrettsutøveren selv, men en annen person, kan inntekten, uansett artiklene 7, 14 og 15, skattlegges i den kontraherende stat hvor artisten eller idrettsutøveren utøver virksomheten. Dette gjelder også for inntekt som tilfaller en slik annen person for å opptre som mellommann eller for på annen måte å stille artistens eller idrettsutøverens tjenester til rådighet for en annen person, samt for andre utbetalinger som har sammenheng med virksomheten utøvet av artisten eller idrettsutøveren.

3 Punktene 1 og 2 får ikke anvendelse på inntekt som skriver seg fra virksomhet utøvet i en kontraherende stat av artister eller idrettsutøvere bosatt i den annen stat hvis besøket i den førstnevnte stat hovedsakelig er understøttet, direkte eller indirekte, av offentlige fond i den annen kontraherende stat eller en av dens regionale eller lokale forvaltningsmyndigheter. I slikt tilfelle skal inntekten bare kunne skattlegges i den stat hvor artisten eller idrettsutøveren er bosatt.

Artikkel 18

Pensjoner, underholdsbidrag, livrenter, og lignende utbetalinger

1 Pensjoner og annen lignende godtgjørelse som betales til en person bosatt i en kontraherende stat skal bare kunne skattlegges i denne stat.

2 Pensjoner, livrenter og andre tilbakevendende eller ikke tilbakevendende beløp som en kontraherende stat, et av dens forbundsland eller en av dens regionale eller lokale forvaltningsmyndigheter betaler til en person bosatt i den annen kontraherende stat som erstatning for skade som er oppstått som følge av krigshandlinger eller politisk forfølgelse, skal være unntatt fra beskatning i denne annen kontraherende stat.

3 Utbetalinger i henhold til sosialtrygdlovgivningen i Forbundsrepublikken Tyskland som betales til en person bosatt i Kongeriket

wegen ansässige Person gezahlt werden, können nur in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden.

(4) Unterhaltszahlungen – auch für Kinder –, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person leistet, sind im anderen Staat von der Steuer befreit, wenn die Unterhaltszahlungen bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Schuldners im erstgenannten Staat nicht abzugsfähig sind.

Artikel 19 Öffentlicher Dienst

(1)

- a) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft in Ausübung einer öffentlichen Funktion geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
 - i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) Auf Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15 und 16 anzuwenden.

(3) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die von der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost oder der Norges Bank, Norges Statsbaner, Norges Postverk und Norges Televerk gezahlt werden. Er gilt ebenfalls für Vergütungen, die vom deutschen Goethe-Institut gezahlt werden, aber nur soweit diese Vergütungen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden.

Artikel 20 Tätigkeiten vor der Küste

(1) Dieser Artikel gilt ungeachtet der anderen Bestimmungen dieses Abkommens.

(2) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung des Meeresbodens und Meeresuntergrunds und ihrer natürlichen Ressourcen in dem Gebiet erzielt, das an die Hoheitsgewässer des anderen Vertragsstaats angrenzt und in dem dieser Staat insoweit souveräne Rechte in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausübt, können vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 im anderen Staat besteuert werden. Bei der Ermittlung dieser Gewinne gilt Artikel 7 Absätze 2 und 3 sinngemäß. Jedoch können, wenn diese Tätigkeit nicht länger als dreißig Tage in einem Zeitraum von zwölf Monaten ausgeübt werden, die Gewinne nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(3) Werden Tätigkeiten von einem Unternehmen ausgeübt und Tätigkeiten von einem anderen Unternehmen ausgeübt und sind die beiden Tätigkeiten so eng miteinander verbunden, daß sie als dieselbe Tätigkeit angesehen werden, und wird eines der Unternehmen unmittelbar oder mittelbar von dem anderen oder werden beide unmittelbar oder mittelbar von einem oder mehreren Dritten beherrscht, so werden die Tätigkeiten beider Unternehmen für die Berechnung der in Absatz 2 genannten Frist berücksichtigt.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Beförderung von Vorräten oder Personal an einen Ort oder zwischen Orten, an denen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung des Meeresbodens und

Norge, skal bare kunne skattlegges i Forbundsrepublikken Tyskland.

4 Underholdsbidrag – herunder barnebidrag – som betales av en person bosatt i en kontraherende stat til en person bosatt i den annen kontraherende stat, skal være unntatt fra beskatning i denne annen stat dersom slike underholdsbidrag eller stønadsbøp ikke er fradragsberettiget i den førstnevnte stat ved beregningen av betalerens skattbare inntekt.

Artikkel 19 Offentlig tjeneste

1

- a) Godtgjørelse, unntatt pensjon, som utredes av en kontraherende stat, et av dens forbundsland eller en av dens regionale eller lokale forvaltningsmyndigheter til en fysisk person, for tjenester som er ytet denne stat eller forbundsland eller forvaltningsmyndighet som nevnt under utøvelse av offentlige funksjoner, skal bare kunne skattlegges i denne stat.
- b) Slik godtgjørelse skal imidlertid kunne skattlegges bare i den annen kontraherende stat hvis tjenestene er utført i denne stat og mottakeren er bosatt i denne stat og:
 - i) er statsborger av denne stat; eller
 - ii) ikke bosatte seg i denne stat bare i den hensikt å utføre de nevnte tjenester der.

2 Artiklene 15 og 16 skal få anvendelse på godtgjørelse, bortsett fra pensjoner, i anledning av tjenester som er ytet i forbindelse med forretningsvirksomhet drevet av en kontraherende stat, et av dens forbundsland eller en av dens regionale eller lokale forvaltningsmyndigheter.

3 Punkt 1 skal også få anvendelse på godtgjørelse betalt av Deutsche Bundesbank, Deutsche Bundesbahn og Deutsche Bundespost eller av Norges Bank, Norges Statsbaner, Norges Postverk og Norges Televerk. Den får likeledes anvendelse på godtgjørelse betalt av det tyske Goethe-Institut, men bare i den utstrekning slik godtgjørelse blir skattlagt i Forbundsrepublikken Tyskland.

Artikkel 20 Virksomhet utenfor kysten

1 Denne artikkel skal få anvendelse uansett enhver annen bestemmelse i denne overenskomst.

2 Fortjeneste oppebåret av en person bosatt i en kontraherende stat fra virksomhet knyttet til undersøkelse eller utnyttelse av havbunnen og undergrunnen og deres naturforekomster i område som grenser til sjøterritoriet i den annen kontraherende stat og hvor denne stat for så vidt utøver suverene rettigheter overensstemmende med folkeretten, kan, med forbehold av punktene 3 og 4 i denne artikkel, skattlegges i den annen stat. Ved fastsettelsen av slik fortjeneste skal punktene 2 og 3 i artikkel 7 få tilsvarende anvendelse. Når imidlertid slik virksomhet blir utøvet i et tidsrom som til sammen ikke overstiger 30 dager i løpet av enhver tolv-måneders periode, skal fortjenesten bare kunne skattlegges i den førstnevnte stat.

3 Når virksomheten blir drevet av et foretagende og virksomhet blir drevet av et annet, og virksomhetene har så nær sammenheng at de blir å betrakte som samme virksomhet, og et av foretagendene blir kontrollert, direkte eller indirekte, av det annet eller begge blir kontrollert, direkte eller indirekte, av en tredje person eller flere andre personer, da skal virksomhet til begge foretagender bli tatt i betraktning ved beregning av tidsfristen i punkt 2 i denne artikkel.

4 Fortjeneste oppebåret av en person bosatt i en kontraherende stat ved transport av forsyninger eller personell til et sted, eller mellom steder, hvor det foregår virksomhet knyttet til undersøkelse eller utnyttelse av havbunnen og undergrunnen og deres

Meeresuntergrunds und ihrer natürlichen Ressourcen in dem oben genannten, an einen Vertragsstaat angrenzenden Gebiet ausgeübt werden, oder aus dem Betrieb von Schleppern und anderen Schiffen, die Hilfsdienste leisten, bezieht, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(5)

- a) Vorbehaltlich des Buchstabens b können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung des Meeresbodens und Meeresuntergrunds und ihrer natürlichen Ressourcen in dem oben genannten, an den anderen Vertragsstaat angrenzenden Gebiet bezieht, im anderen Staat besteuert werden, soweit die Dienste im anderen Staat vor der Küste geleistet werden, vorausgesetzt, daß die vor der Küste geleistete unselbständige Arbeit insgesamt länger als dreißig Tage während eines Zeitraums von zwölf Monaten ausgeübt wird.
- b) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs ausgeübt wird, das Vorräte oder Personal an einen Ort oder zwischen Orten befördert, an denen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung des Meeresbodens und Meeresuntergrunds und ihrer natürlichen Ressourcen in dem oben genannten, an einen Vertragsstaat angrenzenden Gebiet ausgeübt werden, oder aus unselbständiger Arbeit an Bord von Schleppern oder anderen Schiffen, die Hilfsdienste leisten, bezieht, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(6) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person erzielt aus der Veräußerung von

- a) Erforschungs- oder Ausbeutungsrechten oder
- b) Vermögen, das im anderen Vertragsstaat gelegen ist und im Zusammenhang mit Tätigkeiten vor der Küste verwendet wird, die in Absatz 2 bezeichnet sind und im anderen Staat ausgeübt werden, oder
- c) Anteilen an einer Gesellschaft, die ihren Wert oder den größeren Teil ihres Wertes unmittelbar oder mittelbar aus diesen Rechten oder diesem Vermögen oder den Rechten und dem Vermögen zusammengerechnet beziehen,

können im anderen Staat besteuert werden.

In diesem Absatz bedeutet „Erforschungs- oder Ausbeutungsrechte“ Rechte an Vermögen, das durch die Erforschung oder Ausbeutung des Meeresbodens und Meeresuntergrunds und ihrer natürlichen Ressourcen im anderen Vertragsstaat entsteht, einschließlich der Rechte an Anrechten an oder dem Nutzen aus derartigem Vermögen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

naturforekomster i det foran nevnte område som grenser til en kontraherende stat, eller ved driften av taubåter og andre hjelpefartøyer knyttet til slik virksomhet, skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse for foretagendet har sitt sete.

5

- a) Med forbehold av underpunkt b nedenfor kan lønn og lignende godtgjørelse som en person bosatt i en kontraherende stat oppebærer i anledning av lønnsarbeid knyttet til undersøkelse eller utnyttelse av havbunnen og undergrunnen og deres naturforekomster i det foran nevnte område som grenser til den annen kontraherende stat, skattlegges i denne annen stat i den utstrekning arbeidet er utført utenfor kysten av denne stat og forutsatt at arbeidet utenfor kysten er utført i et tidsrom som til sammen overstiger 30 dager i løpet av enhver tolv-måneders periode.
- b) Lønn og annen lignende godtgjørelse som en person bosatt i en kontraherende stat oppebærer i anledning av lønnsarbeid utført om bord i et skip eller luftfartøy som benyttes til transport av forsyninger eller personell til et sted, eller mellom steder, hvor det foregår virksomhet knyttet til undersøkelse eller utnyttelse av havbunnen og undergrunnen og deres naturforekomster i det foran nevnte område som grenser til en kontraherende stat, eller for lønnsarbeid utført om bord i taubåter eller andre hjelpefartøyer knyttet til slik virksomhet, skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor den virkelige ledelse for foretagendet har sitt sete.

6 Gevinst som en person bosatt i en kontraherende stat oppebærer ved avhendelse av:

- a) rettigheter til undersøkelse eller utnyttelse; eller
- b) eiendom som befinner seg i den annen kontraherende stat og som benyttes i forbindelse med virksomhet utenfor kysten, som definert i punkt 2 i denne artikkel, drevet i den annen stat; eller
- c) aksjer hvis verdi helt eller for den vesentligste del, direkte eller indirekte, skrives fra slike rettigheter eller slik eiendom, eller fra slike rettigheter og slik eiendom sett under ett,

kan skattlegges i denne annen stat.

I dette punkt betyr uttrykket "rettigheter til undersøkelse eller utnyttelse" rettigheter til aktiva som skal utvinnes ved undersøkelsen eller utnyttelsen av havbunnen og undergrunnen og deres naturforekomster i den annen kontraherende stat, herunder rettigheter til andeler i eller fordeler av slike aktiva.

Artikkel 21

Annen inntekt

1 Inntekter som oppebæres av en person bosatt i en kontraherende stat, og som ikke er omhandlet i de foranstående artikler, skal uansett hvor de skrives fra, bare kunne skattlegges i denne stat.

2 Punkt 1 får ikke anvendelse på inntekt, bortsett fra inntekt av fast eiendom som definert i artikkel 6 punkt 2, når mottakeren av slik inntekt er bosatt i en kontraherende stat og utøver forretningsvirksomhet gjennom et fast driftssted i den annen kontraherende stat eller i denne annen stat yter selvstendige personlige tjenester fra et fast sted der, og den rettighet eller eiendom som inntekten skrives fra, reelt er knyttet til det faste driftssted eller det faste sted. I så fall får henholdsvis artikkel 7 eller artikkel 14 anvendelse.

Artikel 22**Vermögen**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe, Luftfahrzeuge und Behälter, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe, Luftfahrzeuge oder Behälter dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Gewinne des Unternehmens nach Artikel 8 besteuert werden können.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23**Vermeidung der Doppelbesteuerung**

(1) Im Königreich Norwegen:

- a) Bezieht eine im Königreich Norwegen ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und können diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, so nimmt das Königreich Norwegen vorbehaltlich der Buchstaben b und c diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine im Königreich Norwegen ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10 und 13 Absätze 4 und 5 und den Artikeln 16, 17 und 20 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so rechnet das Königreich Norwegen auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Bundesrepublik Deutschland bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Ungeachtet des Buchstabens b sind Dividenden, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft an eine im Königreich Norwegen ansässige Gesellschaft gezahlt werden, die unmittelbar mindestens 25 vom Hundert der Stimmrechte bei der die Dividenden zahlenden Gesellschaft beherrscht, von der norwegischen Steuer befreit, soweit die Dividenden nach dem Recht des Königreichs Norwegen von der Steuer befreit wären, wenn beide Gesellschaften im Königreich Norwegen ansässig wären.
- d) Einkünfte oder Vermögen einer im Königreich Norwegen ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung im Königreich Norwegen auszunehmen sind, können gleichwohl im Königreich Norwegen bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In der Bundesrepublik Deutschland:

Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die aus Quellen im Königreich Norwegen stammenden Einkünfte sowie die im Königreich Norwegen gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach dem Abkommen im Königreich Norwegen besteuert werden können. Bei der Festsetzung des Steuersatzes für die nicht so ausgenommenen Einkünfte oder Vermögenswerte berücksichtigt die Bundesrepublik Deutschland

Artikel 22**Formue**

1 Formue som består av fast eiendom som omhandlet i artikkel 6, tilhørende en person bosatt i en kontraherende stat, og som ligger i den annen kontraherende stat, kan skattlegges i denne annen stat.

2 Formue som består av løsøre som utgjør driftsmidler knyttet til et fast driftssted som et foretagende i en kontraherende stat har i den annen kontraherende stat, eller av løsøre knyttet til et fast sted som en person bosatt i en kontraherende stat har til rådighet i den annen kontraherende stat for utøvelse av selvstendige personlige tjenester, kan skattlegges i denne annen stat.

3 Formue som består av skip eller luftfartøy så vel som containere, drevet i internasjonal fart, og løsøre knyttet til driften av slike skip, luftfartøy eller containere, skal bare kunne skattlegges i den kontraherende stat hvor foretagendets fortjeneste kan skattlegges i henhold til artikkel 8.

4 Alle annen formue som tilhører en person bosatt i en kontraherende stat skal bare kunne skattlegges i denne stat.

Artikkel 23**Unngåelse av dobbelt beskatning**

1 I Kongeriket Norge:

- a) Når en person bosatt i Kongeriket Norge oppebærer inntekt eller eier formue som i henhold til denne overenskomst kan skattlegges i Forbundsrepublikken Tyskland, skal Kongeriket Norge med forbehold av underpunktene b og c, unnta slik inntekt eller formue fra beskatning.
- b) Når en person bosatt i Kongeriket Norge oppebærer inntekter som i henhold til artiklene 10 og 13 punktene 4 og 5 og artiklene 16, 17 og 20 kan skattlegges i Forbundsrepublikken Tyskland, skal Kongeriket Norge innrømme som fradrag i vedkommende persons inntektsskatt et beløp som tilsvarer den skatt som er betalt i Forbundsrepublikken Tyskland. Slikt fradrag skal imidlertid ikke overstige den del av skatten, beregnet før fradraget er gitt, som svares av den inntekt som skriver seg fra Forbundsrepublikken Tyskland.
- c) Uansett underpunkt b i dette punkt, skal dividender som utdeles av et selskap hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland til et selskap hjemmehørende i Kongeriket Norge som direkte kontrollerer minst 25 prosent av de stemmeberettigede aksjer i det selskap som utdeler dividendene, være fritatt for norsk skatt i den utstrekning dette ville ha vært tilfelle etter Kongeriket Norges lovgivning hvis begge selskaper hadde vært hjemmehørende i Kongeriket Norge.
- d) Når en person som er bosatt i Kongeriket Norge oppebærer inntekt eller eier formue som i henhold til noen bestemmelser i overenskomsten er unntatt fra beskatning Kongeriket Norge, kan Kongeriket Norge likevel ved beregningen av skatten på denne persons gjenværende inntekt eller formue ta i betraktning den unntatte inntekt eller formue.

2 I Forbundsrepublikken Tyskland:

For en person som er bosatt i Forbundsrepublikken Tyskland skal skatt fastsettes på følgende måte:

- a) Med mindre underpunkt b får anvendelse skal det ved beregningsgrunnlaget for tysk skatt unntas enhver inntekt oppebåret fra kilder i Kongeriket Norge og enhver formue som befinner seg i Kongeriket Norge, som i henhold til denne overenskomst kan skattlegges i Kongeriket Norge. Imidlertid vil Forbundsrepublikken Tyskland ta i betraktning inntekt eller formue som således unntas ved fastsettelsen av den skattesats som skal anvendes på enhver inntekt eller formue som

aber die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte. Auf Dividenden sind die vorstehenden Bestimmungen dieses Buchstabens nur dann anzuwenden, wenn es sich um Gewinnausschüttungen einer Aktiengesellschaft handelt, die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer im Königreich Norwegen ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der erstgenannten Gesellschaft gehören; diese Bestimmung gilt nicht bei Ausschüttungen von Beträgen, die bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft für Zwecke der norwegischen Steuer abgezogen worden sind. Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden, falls solche gezahlt werden, nach Maßgabe des vorhergehenden Satzes von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus dem Königreich Norwegen zu erhebende deutsche Einkommen- und Körperschaftsteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die norwegische Steuer angerechnet, die nach dem Recht des Königreichs Norwegen und in Übereinstimmung mit dem Abkommen gezahlt worden ist für
- i) Dividenden im Sinne des Artikels 10, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 - ii) Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, auf die Artikel 13 Absätze 4 und 5 Anwendung findet;
 - iii) Vergütungen, auf die Artikel 16 Anwendung findet;
 - iv) Einkünfte, auf die Artikel 17 Anwendung findet;
 - v) Einkünfte, die im Königreich Norwegen nur nach Artikel 20 besteuert werden können.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer nicht übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.

(3) Für die Zwecke dieses Artikels gelten Gewinne oder Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person als aus Quellen im anderen Vertragsstaat stammend, wenn sie in Übereinstimmung mit dem Abkommen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen aufgrund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt. Hat eine Gesellschaft eines Vertragsstaats eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so kann der andere Staat die Betriebsstätte zu dem

ikke er unntatt fra beskatning. Når det gjelder inntekt fra dividender skal bestemmelsene foran i dette underpunkt bare få anvendelse på inntekt ved utdeling fra et aksjeselskap, som betales til et selskap som er hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland fra et selskap som er hjemmehørende i Kongeriket Norge, når minst 10 prosent av de stemmeberettigede aksjer i sistnevnte selskap eies direkte av det førstnevnte selskap; denne bestemmelsen skal ikke anvendes ved utdeling av beløp som er blitt fratrasket når man for norske skatteformål beregner overskuddet til det selskap som utdeler beløpet. Fra beregningsgrunnlaget for tysk skatt skal det også unntas dividender fra enhver aksjesittelse som, dersom de blir utbetalt, ville ha vært unntatt fra beregningsgrunnlaget for utskrevet tysk skatt i overensstemmelse med foregående setning.

- b) Med forbehold for bestemmelsene i tysk skattelovgivning om fradrag for utenlandsk skatt, skal det i tysk inntekts- og selskapskatt som svares av de følgende inntektstyper som oppbæres fra Kongeriket Norge, innrømmes fradrag for skatt betalt i samsvar med Kongeriket Norges lovgivning og denne overenskomst:

- i) dividender som omhandlet i artikkel 10 og som underpunkt a ikke får anvendelse på;
- ii) formuesgevinst som artikkel 13 punktene 4 og 5 får anvendelse på;
- iii) godtgjørelse som artikkel 16 får anvendelse på;
- iv) inntekt som artikkel 17 får anvendelse på.
- v) inntekt som kan skattlegges i Norge utelukkende etter artikkel 20.

Fradraget skal imidlertid ikke overstige den del av den tyske skatt, beregnet før fradraget er gitt, som svares av slik inntekt.

3 Ved anvendelsen av denne artikkel skal fortjeneste, inntekt eller gevinst som tilfaller en person bosatt i en kontraherende stat, anses for å ha sin kilde i den annen kontraherende stat hvis de skattlegges i denne annen kontraherende stat i overensstemmelse med denne overenskomst.

Artikkel 24

Ikke-diskriminering

1 Statsborgere av en kontraherende stat skal ikke i den annen kontraherende stat være undergitt noen beskatning eller forpliktelse i sammenheng hermed, som er annerledes eller mer tyngende enn den beskatning og sammenhengende forpliktelser som er eller måtte bli pålagt den annen stats borgere under samme forhold. Denne bestemmelse skal, uansett artikkel 1, også få anvendelse på personer som ikke er bosatt i en av eller i begge de kontraherende stater.

2 Statsløse personer som er bosatt i en kontraherende stat skal ikke i den annen kontraherende stat være undergitt noen beskatning eller forpliktelse i sammenheng hermed, som er annerledes eller mer tyngende enn den beskatning og sammenhengende forpliktelser som er eller måtte bli pålagt denne annen stats egne borgere under de samme forhold.

3 Beskatningen av et fast driftssted som et foretagende i en kontraherende stat har i den annen kontraherende stat, skal i denne annen stat ikke være mindre gunstig enn beskatningen av foretagender i denne annen stat som utøver samme virksomhet. Denne bestemmelse skal ikke tolkes slik at den forplikter en kontraherende stat til å innrømme personer bosatt i den annen kontraherende stat slike personlige fradrag, fritak og nedsettelse ved beskatningen, som den på grunn av sivilstand eller forsørgelsesbyrde innrømmer personer som er bosatt på dens eget område. Hvis et selskap hjemmehørende i en kontraherende stat har et fast driftssted i den annen kontraherende stat, kan den

für nichtausgeschüttete Gewinne einer in diesem anderen Staat ansässigen Gesellschaft geltenden Satz besteuern.

(4) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können nach den vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels insbesondere gemeinsam beraten, um nach Möglichkeit eine Einigung zu erreichen über

- a) eine übereinstimmende Zurechnung der Gewinne, die auf ein Unternehmen eines Vertragsstaats und auf seine im anderen Vertragsstaat gelegene Betriebsstätte entfallen;
- b) eine übereinstimmende Aufteilung der Gewinne auf verbundene Unternehmen im Sinne des Artikels 9;
- c) eine übereinstimmende Behandlung von Einkünften, die im Quellenstaat den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind und im anderen Staat anderen Einkünften zugerechnet werden.

annen stat skattlegge det faste driftssted etter den sats som gjelder for et selskaps ikke-utdelte overskudd i denne annen stat.

4 Med mindre artikkel 9, artikkel 11 punkt 4 eller artikkel 12 punkt 4 kommer til anvendelse, skal renter, royalty og andre utbetalinger fra et foretagende i en kontraherende stat til en person bosatt i den annen kontraherende stat, være fradragsberettiget ved fastsettelsen av foretagendets skattepliktige inntekt på de samme vilkår som tilsvarende utbetalinger til personer bosatt i den førstnevnte stat. På samme måte skal gjeld som et foretagende i en kontraherende stat har til en person bosatt i den annen kontraherende stat være fradragsberettiget ved fastsettelsen av foretagendets skattepliktige formue på de samme vilkår som gjeld til en person bosatt i den førstnevnte stat.

5 Foretagender i en kontraherende stat hvis kapital helt eller delvis eies eller kontrolleres, direkte eller indirekte, av en eller flere personer som er bosatt i den annen kontraherende stat, skal ikke i den førstnevnte stat være undergitt noen beskatning eller forpliktelse i sammenheng hermed, som er annerledes eller mer tyngende enn den beskatning eller sammenhengende forpliktelser som andre lignende foretagender i den førstnevnte stat er eller måtte bli undergitt.

6 Denne artikkel skal få anvendelse på skatter av enhver art og betegnelse.

Artikkel 25

Fremgangsmåte ved inngåelse av gjensidige avtaler

1 Når en person mener at tiltak som er truffet i den ene eller i begge kontraherende stater i forhold til ham medfører eller vil medføre en beskatning som ikke er overensstemmende med denne overenskomst, kan han fremme sin sak for den kompetente myndighet i den kontraherende stat hvor han er bosatt, eller hvis saken faller inn under artikkel 24 punkt 1, for den kompetente myndighet i den kontraherende stat hvor han er statsborger. Dette kan gjøres uten at det påvirker hans rett til å anvende de rettsmidler som finnes i de to staters interne lovgivning. Saken må fremmes innen tre år fra den første underretning om tiltak som medfører beskatning i strid med overenskomsten.

2 Hvis den kompetente myndighet finner at innvendingen synes begrunnet, men ikke selv er i stand til å finne en tilfredsstillende løsning, skal den søke å få saken avgjort ved gjensidig avtale med den kompetente myndighet i den annen kontraherende stat med sikte på å unngå beskatning som ikke er overensstemmende med denne overenskomst. Enhver avtale som måtte komme i stand skal legges til grunn uansett tidsfristene i de kontraherende staters interne lovgivning.

3 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater skal ved gjensidig avtale søke å løse enhver vanskelighet eller tvil som fortløpningen eller anvendelsen av overenskomsten måtte fremby. De kan også rådføre seg med hverandre med sikte på å unngå dobbeltbeskatning i tilfeller som ikke er løst i overenskomsten.

4 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater kan rådføre seg med hverandre i henhold til ovennevnte bestemmelser, særlige med sikte på så langt som mulig, å få i stand avtale når det gjelder

- a) den samme henføring av fortjeneste til et foretagende i en kontraherende stat og til dets faste driftssted i den annen kontraherende stat;
- b) den samme fordelingen av fortjeneste mellom foretagender med fast tilknytning til hverandre som foreskrevet i artikkel 9;
- c) den samme behandlingen av inntekt som henføres som inntekt fra aksjer i henhold til kildestatens skattelovgivning og som regnes som en annen inntekt i den annen stat.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht. Bezieht sich das Verfahren auf einen Einzelfall, so sind die Betroffenen zu hören.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens und des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen, aber nur, wenn die zuständige Behörde des die Informationen erteilenden Vertragsstaats keine Einwände erhebt.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Unterstützung bei der Einziehung

(1) Die Vertragsstaaten werden sich bei einer entsprechend ihren Gesetzen durchgeführten Einziehung der unter das Abkommen fallenden Steuern einschließlich der Verspätungszuschläge, Steuerzuschläge, Zinsen und Kosten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Hilfe leisten, wenn die einzuziehenden Beträge nach den Gesetzen des ersuchenden Staates rechtskräftig geschuldet sind.

(2) Dem Ersuchen sind die Urkunden beizufügen, die nach den Gesetzen des ersuchenden Staates erforderlich sind, um nachzuweisen, daß die einzuziehenden Beträge rechtskräftig geschuldet sind.

(3) Beim Vorliegen dieser Urkunden sind die Zustellungen, Einziehungs- und Beitreibungsmaßnahmen in dem ersuchten Staat nach den Gesetzen durchzuführen, die für die Einziehung und Beitreibung der eigenen Steuern gelten. Insbesondere sind die Vollstreckungstitel in der Form auszufertigen, die den gesetzlichen Vorschriften dieses Staates entspricht. Befriedigungsvorrechte, die in dem ersuchten Staat für inländische Steuerforderungen bestehen, gelten nicht für Steuerforderungen, um deren Einziehung ersucht wird.

5 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater kan sette seg i direkte forbindelse med hverandre med sikte på å få i stand en avtale som omhandlet i de foranstående punkter. Hvis det synes tilrådelig å ha en muntlig utveksling av synspunkter for å nå frem til en avtale, kan utvekslingen skje i et utvalg bestående av representanter for de kompetente myndigheter i de kontraherende stater. Når det dreier seg om en konkret sak, skal de personer saken gjelder høres.

Artikel 26

Utteksling av opplysninger

1 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater skal utveksle slike opplysninger som er nødvendige for å gjennomføre denne overenskomst og de interne lovbestemmelser i de kontraherende stater som angår skatter som kommer inn under overenskomsten. Utteksling skal bare skje i den utstrekning den beskatning som foreskrives ikke er i strid med overenskomsten. Uttekslingen av opplysninger er ikke begrenset av artikkel 1. Opplysninger som er mottatt av en kontraherende stat skal behandles som hemmelige på samme måte som opplysninger skaffet til veie med hjemmel i intern lovgivning i denne stat. Opplysningene må bare åpenbares for personer eller myndigheter (herunder domstoler og forvaltningsorganer) som har til oppgave å utligne eller innkreve de skatter som kommer inn under overenskomsten, eller å gjennomføre tvangsforføyninger eller annen rettsforfølging eller avgjøre klager vedrørende disse skatter. Slike personer eller myndigheter skal nytte opplysningene bare til nevnte formål. De kan åpenbare opplysningene under offentlige rettsmøter eller i judisielle avgjørelser, men bare dersom den kompetente myndighet i den kontraherende stat som har gitt opplysningene ikke kommer med innvendinger.

2 Punkt 1 skal ikke i noe tilfelle tolkes slik at de pålegger en kontraherende stat en forpliktelse til:

- å sette i verk administrative tiltak som er i strid med dens egen eller den annen kontraherende stats lovgivning og administrative praksis;
- å gi opplysninger som ikke kan fremskaffes i henhold til dens egen eller den annen kontraherende stats lovgivning eller vanlige administrative praksis;
- å gi opplysninger som ville åpenbare næringsmessige, forretningsmessige, industrielle, kommersielle eller yrkesmessige hemmeligheter eller forretningsmetoder, eller opplysninger hvis åpenbaring ville stride mot almene interesser (ordre public).

Artikel 27

Bistand ved innkreving

1 De kontraherende stater skal på grunnlag av gjensidighet og etter reglene herom i deres respektive lovgivning, gi hverandre bistand til innkreving av de skatter som overenskomsten har anvendelse på, herunder straffeskatt for forsinket betaling, tillegsskatt, renter og omkostninger, under forutsetning av at beløpene som skal innkreves endelig har forfalt til betaling i henhold til lovgivningen i den staten som fremsetter anmodningen.

2 Anmodningen skal være ledsaget av slike dokumenter som er nødvendige i henhold til lovgivningen i den stat som fremsetter anmodningen for å bevise at beløpene som skal innkreves har endelig forfalt til betaling.

3 Ved mottakelse av nevnte dokumenter, skal gjennomføring, så vel som innkreving og innfordring i den anmodede staten utføres i overensstemmelse med lovgivningen som gjelder for innkreving og innfordring av dens egne skatter. I særdeleshet skal tvangsfullbyrdsels-dokumenter utferdiges i den form som er nødvendig i henhold til lovbestemmelsene i denne stat. Enhver prioritet som innrømmes i den anmodede stat når det gjelder denne stats egne skattekrav, skal ikke gjelde for skattekrav som er anmodet innkrevet.

(4) Bei noch nicht rechtskräftigen Steuerforderungen kann der Gläubigerstaat für die Wahrung seiner Rechte den anderen Staat ersuchen, die vorläufigen Maßnahmen zu ergreifen, die in den Gesetzen des anderen Staates vorgesehen sind.

Artikel 28

Erstattung der Abzugsteuern

(1) Werden in einem der Vertragsstaaten die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünften im Abzugsweg erhoben, so wird das Recht zur Vornahme des Steuerabzugs zum vollen Satz durch das Abkommen nicht berührt.

(2) Die zum vollen Satz im Abzugsweg einbehaltene Steuer ist jedoch auf Antrag zu erstatten, soweit ihre Erhebung durch das Abkommen eingeschränkt wird.

(3) Die Frist für den Antrag auf Erstattung beträgt vier Jahre nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen Einkünfte bezogen worden sind.

(4) Der Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, kann eine amtliche Bescheinigung des Vertragsstaats, in dem der Steuerpflichtige ansässig ist, über die Erfüllung der Voraussetzungen für die unbeschränkte Steuerpflicht in diesem Staat verlangen.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten führen die vorstehenden Bestimmungen im Weg der Verständigung nach Artikel 25 durch.

(6) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können im Weg der Verständigung auch andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen festlegen.

Artikel 29

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen, konsularischer Vertretungen und ständiger Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer völkerrechtlicher Übereinkünfte zustehen.

Artikel 30

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und findet erstmalig Anwendung

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar 1991 gezahlt oder gutgeschrieben werden;
- b) bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen bezüglich des Kalenderjahrs 1991 (einschließlich der in diesem Jahr endenden Wirtschaftsjahre) und der folgenden Jahre.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels darf die Steuer, die nach Artikel 10 Absatz 4 Buchstabe a von vor dem 1. Januar 1992 ausgeschütteten Dividenden (im Sinne des Absatzes 6 des genannten Artikels) erhoben wird, zwar 5 vom Hundert, nicht aber 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden übersteigen.

(4) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das am 18. November 1958 in Oslo unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer außer Kraft und findet nicht mehr Anwendung auf die Steuern, auf die dieses Abkommen nach den Absätzen 2 und 3 anzuwenden ist.

4. Dersom skattekrav ikke har endelig forfalt til betaling, kan kreditorstater, med det formål å sikre dens rettigheter, anmode den annen stat om å utføre slik midlertidig forføyning som er foreskrevet i denne annen stats lovgivning.

Artikkel 28

Refusjon av kildeskatt

1 Hvis dividender, renter, royalty eller andre inntekter i en av de kontraherende stater undergis kildeskatt, da skal retten til å legge kildeskatt etter full sats ikke være berørt av denne overenskomst.

2 Den skatt som på denne måten er tilbakeholdt ved kilden skal tilbakebetales etter søknad i den utstrekning oppkravingen av den er begrenset av denne overenskomst.

3 Søknadsfristen for tilbakebetaling er fire år fra slutten av det kalenderår da dividendene, rentene, royaltyen eller andre inntekter er blitt mottatt.

4 Den kontraherende stat hvor inntekten skriver seg fra, kan be om en administrativ bekreftelse fra den stat der skattyter er bosatt med hensyn til om vilkårene for ubegrenset skatteplikt i denne stat er oppfylt.

5 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater skal gjennomføre de foranstående bestemmelser etter gjensidig avtale i medhold av artikkel 25.

6 De kompetente myndigheter i de kontraherende stater kan ved gjensidig avtale fastsette andre fremgangsmåter for gjennomføring av de skattereduksjoner som følger av denne overenskomst.

Artikkel 29

Medlemmer av diplomatiske og konsulære stasjoner

Denne overenskomst skal ikke berøre de skattemessige privilegier som tilkommer medlemmer av diplomatiske eller konsulære stasjoner og faste delegasjoner i henhold til folkerettens alminnelige regler eller bestemmelser i særlige internasjonale avtaler.

Artikkel 30

Inkrafttredelse

1 Denne overenskomst skal ratifiseres og ratifikasjonsdokumentene skal utveksles i Bonn så snart som mulig.

2 Overenskomsten skal tre i kraft en måned etter utvekslingen av ratifikasjonsdokumentene og skal første gang ha virkning:

- a) med hensyn til skatter tilbakeholdt ved kilden for beløp betalt eller godskrevet på eller etter 1. januar 1991;
- b) med hensyn til skatter av inntekt og av formue som vedkommer kalenderåret 1991 (herunder regnskapsperioder som avsluttes i dette år) og følgende år.

3 Uansett de foregående bestemmelser i denne artikkel, kan skatt på dividender i henhold til artikkel 10 punkt 4 underpunkt a (med den betydning som er angitt i artikkelens punkt 6) utdelt før 1. januar 1992, overstige 5 prosent av dividendenes bruttobeløp, men skal ikke overstige 10 prosent derav.

4 Når denne overenskomst trer i kraft skal overenskomsten mellom Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriket Norge til unngåelse av dobbeltbeskatning og om gjensidig administrativ og rettslig bistand for så vidt angår skatter av inntekt og formue samt næringsskatt, undertegnet i Oslo den 18. november 1958, opphøre og slutte å ha virkning når det gjelder skatter som denne overenskomst får anvendelse på overensstemmende med punktene 2 og 3 i den nedte artikkel.

Artikel 31**Kündigung**

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann nach dem fünften auf das Jahr des Inkrafttretens des Abkommens folgenden Jahr das Abkommen auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt oder gutgeschrieben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen bezüglich des Kalenderjahrs (einschließlich der in diesem Jahr beginnenden Wirtschaftsjahre), das auf das Kündigungsjahr folgt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommens unterschrieben.

Geschehen zu Oslo am 4. Oktober 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und norwegischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikkel 31**Opphør**

Denne overenskomst skal forbli i kraft inntil den blir oppsagt av en av de kontraherende stater. Hver av de kontraherende stater kan si opp overenskomsten, gjennom diplomatiske kanaler, ved å gi varsel om opphør minst seks måneder før utløpet av ethvert kalenderår etter det femte år som følger etter det år da denne overenskomst trer i kraft. I så fall skal overenskomsten opphøre å ha virkning:

- a) med hensyn til skatt tilbakeholdt ved kilden for beløp betalt eller godskrevet på eller etter 1. januar i det kalenderår som følger etter det år varsel om opphør blir gitt;
- b) med hensyn til skatter av inntekt og av formue som vedkommer det kalenderår (herunder regnskapsperioder som begynner i dette år) som følger etter det år varsel om opphør blir gitt.

Til bekreftelse av foranstående har de undertegnede som har behørig fullmakt undertegnet denne overenskomst.

Utfærdiget i to eksemplarer i Oslo den 4. oktober 1991, begge på det tyske og norske språk, slik at begge tekster har lik gyldighet.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For Forbundsrepublikken Tyskland
Harald Hofmann

Für das Königreich Norwegen
For Kongeriket Norge
Jan Flåtla

Protokoll

Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die Unterzeichneten die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind.

1. Zu Artikel 5

die in Absatz 3 vorgesehene Frist von zwölf Monaten gilt auch für beaufsichtigende oder beratende Tätigkeiten, die durch eine mit der Bauausführung oder Montage in Zusammenhang stehende feste Geschäftseinrichtung ausgeübt werden.

2. Zu Artikel 8

Ein Unternehmen, für das Artikel 8 gilt, wird so angesehen, als habe es den Ort seiner tatsächlichen Geschäftsleitung in beiden Vertragsstaaten, wenn

- a) das Unternehmen von einer Gesellschaft oder anderen Personenvereinigung betrieben wird, bei der alle Gesellschafter gesamtschuldnerisch haften und mindestens einer der Gesellschafter unbeschränkt haftet, und
- b) mindestens einer der Gesellschafter in einem der Vertragsstaaten ansässig ist und einer oder mehrere von ihnen im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder sind und
- c) die tatsächliche Geschäftsleitung des Unternehmens nicht allein in einem der Vertragsstaaten ausgeübt wird.

In diesem Fall können die Gewinne des Unternehmens anteilmäßig in dem Staat besteuert werden, in dem die unter Buchstabe b genannten Gesellschafter ansässig sind.

3. Zu Artikel 10

- a) Dividenden, die von einer Gesellschaft ausgeschüttet werden, die nach Artikel 4 Absatz 1 in beiden Vertragsstaaten ansässig ist, können von jedem der Vertragsstaaten nach ihrem Recht und nach diesem Artikel besteuert werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln die Frage in gegenseitigem Einvernehmen, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.
- b) Ungeachtet des Artikels 10 Absätze 2, 3 und 4 können Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen, Gewinnobligationen oder aus Genußrechten oder Genußscheinen), die bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners abzugsfähig sind, in dem Vertragsstaat, aus dem die Einkünfte stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden.

4. Zu den Artikeln 10 bis 12

Der Empfänger von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren ist Nutzungsberechtigter im Sinne der Artikel 10, 11 und 12, wenn ihm das diesen Zahlungen zugrundeliegende Recht zusteht und ihm die Einkünfte hieraus nach dem Steuerrecht beider Staaten zuzurechnen sind.

5. Zu den Artikeln 15 und 23

Ungeachtet des Artikels 15 können die Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbstständiger

Protokoll

Ved undertegningen i dag av Overenskomsten mellom Forbundsrepublikken Tyskland og Kongeriket Norge til unngåelse av dobbeltbeskatning og om gjensidig administrativ bistand med hensyn til skatter av inntekt og formue, er de undertegnende blitt enige om følgende bestemmelser som skal utgjøre en integrerende del av overenskomsten:

1. Til artikkel 5

12-måneders begrensningen i punkt 3 skal også få anvendelse på kontroll- eller rådgivningsvirksomhet gjennom et fast forretningssted tilknyttet slikt sted eller prosjekt.

2. Til artikkel 8

Et foretagende som artikkel 8 får anvendelse på skal anses for å ha sete for den virkelige ledelse i begge kontraherende stater hvis:

- a) foretaket blir drevet av et selskap eller enhver annen sammenslutning med solidarisk ansvarlige deltakere, og hvorav minst en av deltakerne har ubegrenset ansvar; og
- b) minst en av deltakerne er bosatt i en av de kontraherende stater og en eller flere av dem er bosatt i den annen kontraherende stat; og
- c) den virkelige ledelse for foretaket ikke blir utøvet utelukkende i en av de kontraherende stater.

I så fall skal foretakets fortjeneste kunne skattlegges i den stat hvor de deltakere som er nevnt i underpunkt b er bosatt, i forhold til deres andel av fortjenesten.

3. Til artikkel 10

- a) Dividender utdelt av et selskap som er hjemmehørende i begge kontraherende stater i den betydning som følger av punkt 1 i artikkel 14 kan skattlegges i hver av de kontraherende stater i samsvar med deres lovgivning og denne artikkel. De kompetente myndigheter i de kontraherende stater skal, for å unngå dobbeltbeskatning, løse spørsmålet ved gjensidig avtale.
- b) Uansett punktene 2, 3 og 4 i artikkel 10 kan inntekt oppebåret fra rettigheter eller gjeldsfordringer med rett til andel i overskudd (innbefattet for så vidt angår Forbundsrepublikken Tyskland, inntekt oppebåret av stille deltaker fra deltakelse som sådan eller inntekt fra et "partiarisches Darlehen", "Gewinnobligationen", "jouissance" aksjer eller "jouissance" rettigheter) som er fradragsberettiget ved fastsettelsen av skyldnerens fortjeneste, skattlegges i den kontraherende stat hvor inntekten oppstår, i samsvar med lovgivningen i denne stat.

4. Til artiklene 10 til 12

Mottakeren av dividender, renter og royalty skal anses å være den virkelige rettighetshaver i den betydning som følger av artiklene 10, 11 og 12 hvis kravet som slike betalinger følger av tilhører ham, og inntekten derav skal tilskrives ham i henhold til skattelovgivningen i begge stater.

5. Til artiklene 15 og 23

Uansett artikkel 15, kan godtgjørelse som en person bosatt i en kontraherende stat mottar i anledning av lønnsarbeid

ger Arbeit bezieht, die sie im anderen Vertragsstaat im Rahmen eines Vertrags zur Arbeitnehmerüberlassung ausübt, im anderen Staat besteuert werden.

Diese Vergütungen können ungeachtet des Artikels 23 auch in dem Staat besteuert werden, in dem der Arbeitnehmer ansässig ist. Dieser Staat rechnet die Steuer des anderen Staates nach den Grundsätzen des Artikels 23 Absatz 1 Buchstabe b oder Absatz 2 Buchstabe b an.

Die Vertragsstaaten können die Zahlung der auf diese Vergütungen entfallenden Steuer nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts vom Verleiher oder vom Entleiher verlangen oder sie dafür haftbar machen.

6. Zu Artikel 15

Wird ein Unternehmen, das Seeschiffe oder Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr betreibt, von einer Personengesellschaft mit unbeschränkter Haftung geführt, von der ein oder mehrere Gesellschafter in einem Vertragsstaat und ein oder mehrere Gesellschafter im anderen Vertragsstaat ansässig sind, und können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten keine Einigung über die Frage erzielen, in welchem der Vertragsstaaten sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, so können die in Artikel 15 Absatz 3 behandelten Vergütungen in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist.

7. Zu Artikel 19

Solange die Bundesrepublik Deutschland nach ihrem Recht die in Artikel 19 Absatz 1 genannten Vergütungen, die ein Staatsangehöriger des Königreichs Norwegen bezieht, nicht besteuern kann, wird Absatz 1 Buchstabe b durch den folgenden Buchstaben b ersetzt:

„Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und Staatsangehöriger dieses Staates ist.

Diese Bestimmung ist auf Vergütungen anzuwenden, die vor dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Recht der Bundesrepublik Deutschland dahingehend geändert wird, daß diese Vergütungen in diesem Staat besteuert werden können.“

8. Zu Artikel 21

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

9. Zu Artikel 23

Artikel 23 Absatz 2 schließt, wenn eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte ausschüttet, die sie aus Quellen innerhalb des Königreichs Norwegen bezogen hat, die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.

10. Zu den Artikeln 23 und 25

Die Vertragsstaaten vermeiden die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 Buchstabe b, und nicht durch Steuerbefreiung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe a oder Absatz 2 Buchstabe a,

a) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet

utført i den annen kontraherende stat i henhold til en arbeid-sutleiekontrakt, skattlegges i denne annen stat.

Uansett artikkel 23, kan slik godtgjørelse også skattlegges i den stat hvor arbeidstakeren er bosatt. Denne stat skal innrømme skatten i den annen stat som fradrag i samsvar med prinsippene i artikkel 23 punkt 1 underpunkt b eller punkt 2 underpunkt b.

De kontraherende stater kan, i samsvar med deres nasjonale lovgivning, forlange at den skatt som kan lignes av slik godtgjørelse betales av utleiøren eller innleiøren, eller holde dem ansvarlige for slik betaling.

6. Til artikkel 15

Når foretagende beskjeftiget med drift av skip eller luftfartøy i internasjonal fart blir drevet av et interessentskap med ubegrenset ansvar der en eller flere deltakere er bosatt i en kontraherende stat og en eller flere deltakere er bosatt i den annen kontraherende stat, og de kompetente myndigheter i de kontraherende stater ikke kan bli enige i spørsmålet om i hvilken av de kontraherende stater den virkelige ledelse for foretaket har sitt sete, kan godtgjørelse som omhandlet i artikkel 15 punkt 3 skattlegges i den kontraherende stat hvor mottakeren er bosatt.

7. Til artikkel 19

Så lenge Forbundsrepublikken Tyskland i henhold til sin lovgivning ikke kan skattlegge godtgjørelse som nevnt i punkt 1 i artikkel 19 mottatt av en statsborger av Kongeriket Norge, skal underpunkt b i punkt 1 bli erstattet med følgende underpunkt b:

„Slik godtgjørelse skal imidlertid kunne skattlegges bare i den annen kontraherende stat hvis tjenestene er utført i denne stat og personen er bosatt i og er statsborger av denne stat.

Denne bestemmelsen skal ha virkning med hensyn til godtgjørelse betalt før 1. januar i det kalenderår som følger etter det år da lovgivningen i Forbundsrepublikken Tyskland blir endret slik at den tillater slik godtgjørelse å bli skattlagt i denne stat.“

8. Til artikkel 21

En student eller forretningslærling som er, eller umiddelbart før opphold i en kontraherende stat var, bosatt i den annen kontraherende stat, og som oppholder seg i den førstnevnte stat utelukkende for sin utdanning eller opplæring, skal ikke skattlegges i denne stat for beløp som han mottar til underhold, utdanning eller opplæring, forutsatt at disse beløp skrives fra kilder utenfor denne stat.

9. Til artikkel 23

Artikkel 23 punkt 2 skal ikke forhindre et selskap hjemmehørende i Forbundsrepublikken Tyskland som utdeler inntekt mottatt fra kilder i Kongeriket Norge, en kompensasjonsmessig utskrivning av selskapskatt på slike utdelinger i overensstemmelse med bestemmelsene i skattelovgivningen i Forbundsrepublikken Tyskland.

10. Til artiklene 23 og 25

De kontraherende stater skall unngå dobbeltbeskatning ved hjelp av fradrag som angitt i artikkel 23 punkt 1 underpunkt b og punkt 2 underpunkt b, og ikke ved skattefritak etter artikkel 23 punkt 1 underpunkt a eller punkt 2 underpunkt a

a) dersom inntekt eller formue i de kontraherende stater er henført under forskjellige bestemmelser i overenskom-

net oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 regeln läßt und

- aa) wenn auf Grund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte doppelt besteuert würden oder
 - bb) wenn auf Grund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder in der Bundesrepublik Deutschland oder im Königreich Norwegen von der Steuer befreit blieben oder
- b) wenn ein Vertragsstaat nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert hat, auf die er diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt, um die steuerliche Freistellung von Einkünften in beiden Vertragsstaaten oder sonstige Gestaltungen zum Mißbrauch des Abkommens zu verhindern.

sten eller er henført til forskjellige personer (bortsett fra etter artikkel 9), og denne uoverensstemmelse ikke kan løses ved den fremgangsmåte som foreskrives i artikkel 25 og

- aa) dersom den relevante inntekt eller formue som følge av slik henføring ville bli gjenstand for dobbeltbeskatning; eller
 - bb) dersom den relevante inntekt eller formue som følge av slik henføring ville forbli ubeskattet eller unntas fra beskatning i henholdsvis Forbundsrepublikken Tyskland eller i Kongeriket Norge; eller
- b) dersom en kontraherende stat, etter tilbørlig konsultasjon og under hensyn til de begrensninger som dets lovgivning setter, gjennom diplomatiske kanaler har gjort den annen kontraherende stat kjent med andre typer av inntekt på hvilke det har til hensikt å anvende dette punkt for å forhindre at inntekt unntas fra beskatning i begge de kontraherende stater, eller andre arrangementer for utilbørlig bruk av overenskomsten.

Geschehen zu Oslo am 4. Oktober 1991 in zwei Utschriften, jede in deutscher und norwegischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Utfærdiget i to eksemplarer i Oslo den 4. Oktober 1991, begge på det tyske og norske språk, slik at begge tekster har lik gyldighet.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Für Forbundsrepublikken Tyskland
Harald Hofmann

Für das Königreich Norwegen
For Kongeriket Norge
Jan Flatla

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

1. Anlaß und Zweck des Abkommens

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen besteht ein Abkommen vom 18. November 1958 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer. Es hat sich im großen und ganzen bewährt, genügt aber in vielem nicht mehr den heutigen Anforderungen. Das neue Abkommen paßt die deutsch-norwegischen Steuerbeziehungen an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, das heutige Steuerrecht beider Staaten sowie deren gegenwärtige Abkommenspraxis an. Durch die Annäherung an den Text des OECD-Musterabkommens aus dem Jahr 1977 fügt es sich in das bestehende deutsche Abkommensnetz ein und dient damit auch der Harmonisierung der deutschen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung.

Im Zuge der Revision wurde auch die Kapitalertragsteuerbelastung von Dividenden an die steuerlichen Verhältnisse, die sich unter dem deutschen Körperschaftsteuersystem aufgrund der Steuerreform 1990 ergeben haben, angepaßt. Besonders hinzuweisen ist auch auf die Neuregelung für Einkünfte aus Tätigkeiten auf dem Festlandsockel der beiden Staaten (Artikel 20 des Abkommens). Danach sollen alle Einkünfte aus den der Öl- und Gasförderung dienenden Tätigkeiten auf dem Festlandsockel eines Staates grundsätzlich von diesem Staat besteuert werden können, unabhängig davon, ob z. B. eine Betriebsstätte im Sinne des Artikels 7 des Abkommens vorliegt, der diese Einkünfte zuzurechnen sind. Lediglich für kurzfristige Tätigkeiten sowie für bestimmte Transportleistungen soll eine Freistellung von der Besteuerung gewährt werden. Hier mußte den norwegischen Forderungen gefolgt werden, die einer heute bereits feststehenden Praxis der Nordsee-Anrainerstaaten mit erheblichen Rohstoffreserven auf dem Festlandsockel entsprechen. Die norwegische Regierung vertritt seit jeher die Auffassung, das bisherige Abkommen sei auf Tätigkeiten auf dem Festlandsockel nicht anwendbar. Diese Auffassung wird von deutscher Seite nicht geteilt. Die Neuregelung bringt nunmehr die gebotene Rechtssicherheit.

2. Gliederung des Abkommens

Das neue Abkommen entspricht in Inhalt, Aufbau und Wortlaut weitgehend dem Musterabkommen der OECD aus dem Jahr 1977. Die einleitenden Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 grenzen den Geltungsbereich ab und enthalten für die Abkommensanwendung wichtige Definitionen. Die Artikel 6 bis 22 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte aus grenzüberschreitenden Sachverhalten bzw. Vermögen besteuern darf. Artikel 23 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellen- bzw. Belegenheitsstaat zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögenswerten die Doppelbesteuerung vermeidet. Die Artikel 24 bis 31 regeln den Schutz vor steuerlicher Diskriminierung, die Durchführung von

Verständigungsverfahren, die Amtshilfe zwischen den Vertragsstaaten, das Entlastungsverfahren hinsichtlich der Abzugsteuern, das Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Abkommens sowie einige andere Fragen.

Dem Abkommen ist ein Protokoll mit ergänzenden Regelungen beigegeben, die Bestandteil des Abkommens sind.

3. Rechtsänderungen durch das Abkommen

Das neue Abkommen weicht in verschiedenen Einzelregelungen vom bisherigen Vertrag ab. Andererseits entsprechen sich die Lösungen des früheren und des neuen Abkommens in zahlreichen Punkten. Das gilt z. B. für die Anwendung des Belegenheitsprinzips bei Einkünften aus Grundvermögen und des Betriebsstättenprinzips bei gewerblichen Einkünften sowie für die Durchführung der Amtshilfe. Aus diesem Grunde werden die Rechtsänderungen durch das Abkommen – ausgenommen die Behandlung der Tätigkeiten auf dem Festlandsockel (vgl. unter II. zu Artikel 20) – nicht zu einer grundsätzlichen Neuordnung führen.

Zu den wichtigsten Änderungen durch das neue Abkommen gehören:

- Das Gebiet des jeweiligen Festlandsockels der Vertragsstaaten wird in den räumlichen Geltungsbereich einbezogen (Artikel 3 Abs. 1).
- Die Höhe der Kapitalertragsteuer auf Dividenden im Mutter-/Tochterverhältnis, die durch das bisherige Abkommen nicht begrenzt war (auf deutscher Seite) bzw. die nicht erhoben werden durfte (auf norwegischer Seite), wird ausgewogen festgesetzt (Artikel 10 Abs. 4).
- Gewinne aus der Veräußerung von wesentlichen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften können unter bestimmten Voraussetzungen im Sitzstaat dieser Gesellschaften besteuert werden (Artikel 13 Abs. 5).
- Bei Einkünften der Künstler und Sportler ist die dem OECD-Musterabkommen entsprechende Besteuerung im Quellenstaat vorgesehen (Artikel 17).
- Deutsche Sozialversicherungsrenten, die an in Norwegen ansässige Personen gezahlt werden, können nur in Deutschland besteuert werden.
- Einkünfte aus Tätigkeiten auf dem Festlandsockel können – von kurzfristigen Einsätzen abgesehen – ungeachtet der anderen Abkommensbestimmungen im Tätigkeitsstaat besteuert werden (Artikel 20).
- Beide Staaten werden als Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung verstärkt durch Steueranrechnung vermeiden (Artikel 23).
- In Fällen ungerechtfertigter Doppelentlastungen ist jeder der beiden Vertragsstaaten als Wohnsitzstaat unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, von der Freistellungsmethode zur Anrechnungsmethode überzugehen (Nummer 10 des Protokolls zum Abkommen).

Das neue Abkommen ist grundsätzlich rückwirkend ab 1. Januar 1991 anzuwenden.

II. Zu den einzelnen Artikeln des Abkommens

Die Abkommensregelungen folgen weitgehend dem OECD-Musterabkommen in der in der deutschen Vertragspraxis üblichen Form. Nachfolgend wird in der Regel nur auf wichtige Abweichungen hiervon sowie zwischen bisherigem und neuem Vertragsrecht hingewiesen.

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel nennt die Steuern, die unter das Abkommen fallen. Auf deutscher Seite wurde – entsprechend der üblichen deutschen Vertragspraxis – die Grundsteuer in den Katalog der unter das Abkommen fallenden Steuern aufgenommen. Auf norwegischer Seite wurde der Katalog der unter das Abkommen fallenden Steuern ergänzt durch die in Norwegen erhobene besondere Steuer auf Einkünfte und Vermögen aus der Erforschung und Ausbeutung von auf dem norwegischen Festlandsockel liegenden Ölvorkommen.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel definiert in Absatz 1 einige im Abkommen wiederholt verwendete Begriffe. Das Abkommen soll – entsprechend der neueren Vertragspraxis – auch für den Festlandsockel beider Staaten gelten, soweit diesen dort Souveränitätsrechte zustehen. Absatz 2 enthält die übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff der in einem Vertragsstaat ansässigen Person, der für den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung der Besteuerungsrechte der Vertragsstaaten maßgebend ist. Danach bestimmt sich die Ansässigkeit grundsätzlich nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten (Absatz 1). Ist eine natürliche Person danach in beiden Staaten ansässig, so wird für die Abkommensanwendung nach bestimmten Kriterien nur einer der Vertragsstaaten als Wohnsitzstaat angesehen (Absatz 2). Tritt der Fall der doppelten Ansässigkeit bei juristischen Personen ein, so ist nach Absatz 3 für die Entscheidung über die Ansässigkeit im Sinne des Abkommens der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung maßgebend.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert den Begriff „Betriebsstätte“, der Anknüpfungspunkt für die Zuweisung des Besteuerungsrechts für gewerbliche Gewinne ist (vgl. auch die Ausführungen zu Artikel 7). Die einzelnen Regelungen, insbesondere die Ausnahmetatbestände (z. B. für Einrichtungen zur Lagerhaltung, für Einkaufs- oder Informationsbeschaffung sowie für abhängige und selbständige Vertreter) entsprechen im wesentlichen denen des OECD-Musterabkommens; gegenüber dem bisherigen Abkommen ergeben sich – vorbehaltlich der Tätigkeiten auf dem Festlandsockel (Artikel 20) – keine grundsätzlichen Änderungen.

Nummer 1 des Protokolls zum Abkommen stellt klar, daß die in Absatz 3 des Artikels 5 vorgesehene Frist von 12 Monaten für Bauausführungen oder Montagestätten auch für beaufsichtigende oder beratende Tätigkeiten gilt,

die durch eine mit der Bauausführung oder Montage im Zusammenhang stehende feste Geschäftseinrichtung ausgeübt werden.

Zu Artikel 6

Nach Absatz 1 dieser Bestimmung können Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden, in dem das Vermögen liegt. Entsprechend dem OECD-Musterabkommen enthält Absatz 2 eine die bisherige Regelung weiterführende Definition des Begriffs „unbewegliches Vermögen“. Entfallen ist die bisherige Gleichstellung von Zinsen aus dinglich gesicherten Forderungen mit den Einkünften aus unbeweglichem Vermögen.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der gewerblichen Gewinne. Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerblichen Gewinne von Unternehmen des anderen Staates nur insoweit besteuern, als sie einer in seinem Gebiet gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind („Betriebsstättenprinzip“). Die Absätze 2 bis 6 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung und Zurechnung der Betriebsstättengewinne. Absatz 7 regelt das Verhältnis der Betriebsstättenbesteuerung zu den Bestimmungen über die Besteuerung anderer Einkünfte.

Zu Artikel 8

Die Absätze 1 und 2 bestimmen, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr – ohne Rücksicht auf das Vorhandensein einer Betriebsstätte – nur in dem Staat besteuert werden können, in dem das Unternehmen seine tatsächliche Geschäftsleitung hat. Nummer 2 des Protokolls zum Abkommen regelt die Zuteilung des Besteuerungsrechts in Fällen, in denen sich die Geschäftsleitung in beiden Staaten befindet. Absatz 3 enthält eine Regelung für Gewinne aus der Vermietung von Containern im internationalen Verkehr. Diese Regelung, die im bisherigen Abkommen noch nicht enthalten war, entspricht der neueren Abkommenspraxis der Mitgliedstaaten der OECD.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel enthält den für Geschäftsbeziehungen zwischen verbundenen Unternehmen international anerkannten Grundsatz des Fremdverhaltens. Danach können die Finanzbehörden Gewinne verbundener Unternehmen berichtigen, wenn Bedingungen vereinbart worden sind, die nicht dem genannten Grundsatz entsprechen.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Dividenden. Sie können – wie bisher – grundsätzlich im Wohnsitzstaat des Empfängers besteuert werden (Absatz 1). Daneben hat auch der Quellenstaat ein – beschränktes – Besteuerungsrecht (Absatz 2).

Nach der bisherigen Rechtslage betrug der Satz der Kapitalertragsteuer auf Dividenden aus Streubesitz 15 v. H. Der Satz der Kapitalertragsteuer auf Dividenden, die von einer Tochtergesellschaft (Mindestbeteiligung 25 v. H.) an ihre im anderen Staat ansässige Muttergesellschaft gezahlt werden, betrug bei aus Deutschland abfließenden Dividenden 25 v. H.; bei aus Norwegen abfließenden Dividenden durfte keine Kapitalertragsteuer erhoben werden. Deutscherseits war nach der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 10. Juni 1976 (BT-Drucksache

7/5303) davon auszugehen, daß die Körperschaftsteuerreform zum 1. Januar 1977 den Belangen der im Ausland ansässigen Anteilseigner durch die Ermäßigung der Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne Rechnung getragen hat. Im Rahmen der anschließend durchgeführten Überprüfung der Kapitalertragsteuerbelastung unter investitions- und wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten hielt die Bundesregierung einen allgemeinen Kapitalertragsteuersatz (auch für verbundene Unternehmen) in Höhe von 15 v. H. für angemessen; sie hat dies im einzelnen in der Denkschrift um Protokoll vom 22. September 1978 zum deutsch-schwedischen Doppelbesteuerungsabkommen dargelegt (BT-Drucksache 8/3225). Demgegenüber stand seit längerem die Forderung der norwegischen Seite, die Kapitalertragsteuer auf Dividendenzahlungen deutscher Tochtergesellschaften an ihre norwegischen Muttergesellschaften weiter zu reduzieren und gleichzeitig der norwegischen Seite einen angemessenen Steueranteil an den aus Norwegen abfließenden Dividenden dieser Art zu gewähren.

Mit dem Inkrafttreten der Steuerreform 1990 ist der deutsche Körperschaftsteuersatz für thesaurierte Gewinne auf 50 v. H. gesunken. Dies hat zu einer Verminderung der durchschnittlichen Steuerbelastung eines deutschen Konzerns geführt. Der Bundesregierung erschien es deshalb bereits im Verhältnis zu anderen Staaten vertretbar, die Kapitalertragsteuer auf Ausschüttungen an ausländische Muttergesellschaften im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen, Gegenseitigkeit vorausgesetzt, weiter auf 5 v. H. abzusenken (z. B. im deutsch-amerikanischen Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung vom 29. August 1989 sowie im deutsch-französischen Zusatzabkommen vom 28. September 1989). Vor diesem Hintergrund wurde folgendes vereinbart:

Nach Absatz 1 können die Dividenden, wie schon bisher, im Wohnsitzstaat des Empfängers (Nutzungsberechtigter) besteuert werden. Nach Absatz 2 kann auch der Staat, in dem die ausschüttende Gesellschaft ihren Sitz hat (Quellenstaat), die abfließenden Dividenden besteuern. Das Besteuerungsrecht ist allgemein auf 15 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden begrenzt.

Die Absätze 3 und 4 enthalten hiervon abweichende Regelungen für Dividendenzahlungen von Tochtergesellschaften an ihre im anderen Staat ansässigen Muttergesellschaften (Mindestbeteiligung 25 v. H.). Danach ist der Satz der Kapitalertragsteuer abhängig von der Differenz der Körperschaftsteuersätze der beiden Staaten für ausgeschüttete und thesaurierte Gewinne. Je höher die Differenz in einem der Staaten ist, um so höher werden die Kapitalertragsteuersätze grundsätzlich in beiden Staaten. Hierdurch soll bei niedrigeren Ausschüttungssteuersätzen über die höhere Kapitalertragsteuer ein angemessener Ausgleich geschaffen werden. Demgemäß darf bei einem Unterschied der Körperschaftsteuersätze von weniger als 5 Prozentpunkten Kapitalertragsteuer nicht mehr erhoben werden. Bei einem Unterschied von 5 bis 15 Prozentpunkten darf die Kapitalertragsteuer höchstens 5 v. H. betragen, während sie bei einem Unterschied von 16 bis 19 Prozentpunkten 10 v. H. und einem Unterschied ab 20 Prozentpunkten 15 v. H. betragen darf. In Deutschland beträgt der Unterschied derzeit 14 Prozentpunkte (50 : 36); in Norwegen wird die Körperschaftsteuer derzeit mit einem einheitlichen Steuersatz von 28 v. H. erhoben. Damit darf künftig – wegen des in Deutschland bestehenden Unterschieds – jeder der beiden Vertragsstaa-

ten bei Schachtelbeteiligungen eine Kapitalertragsteuer in Höhe von 5 v. H. erheben, was den inzwischen von Deutschland mit anderen Industriestaaten vereinbarten Sätzen entspricht.

Für die in der Zeit vom 1. Januar 1991 bis 31. Dezember 1991 gezahlten Dividenden darf die Kapitalertragsteuer aufgrund der Übergangsregelung in Artikel 30 Abs. 3 des Abkommens in Deutschland noch nach einem Satz von 10 v. H. erhoben werden.

Bis zum 31. Dezember 1991 betrugen in Norwegen die Steuersätze für thesaurierte und ausgeschüttete Gewinne 50,8 v. H. bzw. 23 v. H. Mit Gesetz vom 20. Juli 1991 (Steuerreform 1992) hat Norwegen das System des gespaltenen Steuersatzes abgeschafft. Ab dem Kalenderjahr 1992 werden die Gewinne der Kapitalgesellschaften nach einem einheitlichen Steuersatz von 28 v. H. besteuert. Die im Jahr 1992 erzielten Gewinne können erst 1993 an die Aktionäre ausgeschüttet werden. Daher kann Norwegen in den Jahren 1991 und 1992 an deutsche Muttergesellschaften ausgeschüttete Gewinne gemäß Absatz 4 letzter Satz mit 15 v. H. besteuern. Ab dem 1. Januar 1993 gezahlte Dividenden werden gemäß Absatz 4 Satz 1 Buchstabe a auch in Norwegen nur noch mit dem ermäßigten Kapitalertragsteuersatz von 5 v. H. besteuert.

Absatz 3, in dem der vollständige Wegfall der Quellensteuern auf Dividenden, die an Muttergesellschaften gezahlt werden, vorgesehen ist, wird erst Anwendung finden, wenn auch die Bundesrepublik Deutschland auf ihr jetziges System des gespaltenen Steuersatzes verzichten und damit die Differenz zwischen dem Steuersatz für thesaurierte Gewinne und dem Steuersatz für ausgeschüttete Gewinne auf weniger als 5 Prozentpunkte sinken sollte.

Nummer 3 des Protokolls zum Abkommen enthält einige ergänzende Bestimmungen. Buchstabe a regelt den Fall der Dividendenausschüttung einer doppelt ansässigen Gesellschaft. Buchstabe b bestimmt, daß jeder der Vertragsstaaten gewinnabhängige Vergütungen nach seinem innerstaatlichen Recht besteuern kann. Damit soll ein Ausgleich dazu geschaffen werden, daß diese Vergütungen aufgrund ihrer Abzugsfähigkeit bei der Gewinnermittlung im Quellenstaat nicht besteuert werden. Vergleichbare Regelungen finden sich in allen neuen von Deutschland abgeschlossenen Abkommen.

Die Absätze 5, 6, 7 und 8 enthalten ergänzende Regelungen, die dem OECD-Musterabkommen weitgehend entsprechen. Dabei stellt Absatz 5 klar, daß die Besteuerung der Gewinne der die Dividenden zahlenden Gesellschaft durch die Bestimmungen des Artikels 10 nicht berührt werden. Absatz 6 definiert den Begriff der „Dividenden“ im Sinne des Abkommens. Dazu gehören auch Ausschüttungen auf Anteilscheine an Investmentvermögen und Einkünfte aus stillen Beteiligungen. In Deutschland als Quellenstaat gehören daneben auch Einkünfte aus partiari-schen Darlehen und Gewinnobligationen zu den Dividenden. Absatz 7 enthält den international üblichen Betriebsstättenvorbehalt, Absatz 8 die übliche Klausel zur Begrenzung der Dividendenbesteuerung (Vermeidung der extraterritorialen Besteuerung).

Zu Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen. Nach Absatz 1 können Zinsen nur im Wohnsitzstaat des Empfängers (Nutzungsberechtigter) besteuert werden. Der Begriff der „Zinsen“ wird in Absatz 2 näher definiert.

Einkünfte, die nach Artikel 10 Abs. 6 als Dividenden gelten, fallen in keinem Fall darunter (z. B. der Gewinnanteil des stillen Gesellschafters oder die Vergütungen für ein partiarisches Darlehen). Die Absätze 3 und 4 enthalten den üblichen Betriebsstättenvorbehalt und behandeln den Fall der Zahlung überhöhter Zinsen zwischen Nahestehenden.

Zu den Zinseinkünften im Sinne des Abkommens gehören nunmehr auch Einkünfte aus Forderungen jeder Art, die durch Grundpfandrechte gesichert sind. Im bisherigen Abkommen (Artikel 3 Abs. 3) gehören diese Zinsen zu den Einkünften aus unbeweglichem Vermögen.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Lizenzgebühren. Sie können gemäß Absatz 1 nur im Wohnsitzstaat des Empfängers (Nutzungsberechtigter) besteuert werden. Absatz 2 enthält die Definition des Begriffs „Lizenzgebühren“. Die Absätze 3 und 4 enthalten den üblichen Betriebsstättenvorbehalt und regeln die Fälle, in denen unangemessen hohe Lizenzgebühren zwischen Nahestehenden gezahlt werden.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Nach seinem Absatz 6 ist die Besteuerung dieser Gewinne grundsätzlich dem Wohnsitzstaat vorbehalten. Der Belegenheitsstaat darf jedoch Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen (Absatz 1) und von Vermögen von Betriebsstätten und festen Einrichtungen besteuern (Absatz 2). Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen und Luftfahrzeugen sowie von Containern im internationalen Verkehr können nach Absatz 3 nur in dem Staat besteuert werden, in dem auch die Gewinne der diese Verkehrsträger einsetzenden Unternehmen nach Artikel 8 besteuert werden.

Abweichend vom bisherigen Abkommen und vom OECD-Musterabkommen darf der Belegenheitsstaat auch Gewinne aus der Veräußerung von Mehrheitsanteilen an Gesellschaften besteuern, deren Vermögen ganz oder überwiegend aus im Belegenheitsstaat befindlichem unbeweglichem Vermögen besteht (Absatz 4).

Absatz 5 behandelt die Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung wesentlicher Beteiligungen (Beteiligungen von mehr als 25 v. H.). Danach können derartige Gewinne in dem Staat besteuert werden, in dem die Gesellschaft, an der die Beteiligung gehalten wird, ansässig ist, wenn der im anderen Staat ansässige Veräußerer während der fünf der Veräußerung unmittelbar vorausgegangenen Jahre irgendwann im Sitzstaat der Gesellschaft ansässig war und die Veräußerungsgewinne im Wohnsitzstaat des Veräußerers nicht besteuert werden.

Zu Artikel 14

Diese Bestimmung regelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit. Das Besteuerungsrecht hierfür steht nach Absatz 1 nur dem Wohnsitzstaat zu. Die Einkünfte können jedoch auch im anderen Staat besteuert werden, wenn die Tätigkeit dort im Rahmen einer festen Einrichtung ausgeübt wird. Absatz 2 erläutert beispielhaft den Begriff der „selbständigen Arbeit“ im Sinne dieses Artikels.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus unselbständiger Arbeit (ausgenommen Arbeitsentgelte aus öffentlichen Kassen, für die Artikel 19 gilt). Das Besteuerungsrecht steht grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Die Einkünfte können jedoch auch im anderen Staat besteuert werden, wenn die Arbeit dort ausgeübt wird (Absatz 1).

Dieser Grundsatz wird zugunsten des Wohnsitzstaats eingeschränkt, wenn Arbeitnehmer nur vorübergehend im anderen Staat eingesetzt werden (bis zu 183 Tage), die Arbeitsvergütungen von einem im Staat des Arbeitnehmers ansässigen Arbeitgeber getragen und gleichzeitig die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte des Arbeitgebers im anderen Staat getragen werden. Hierbei ergeben sich gegenüber der üblichen deutschen Vertragspraxis zwei Abweichungen, die auf norwegische Forderungen zurückgehen und im Zusammenhang mit den besonderen norwegischen Regelungen für die Besteuerung der Tätigkeiten auf dem Festlandsockel stehen. Danach ist die Berechnung des 183-Tage-Zeitraums, der für die Feststellung des vorübergehenden Aufenthalts maßgebend ist, nicht auf das Kalenderjahr, sondern auf einen beliebigen Zeitraum von zwölf Monaten abzustellen. Bei vorübergehend entsandten Arbeitnehmern eines Arbeitgebers mit Sitz in einem Drittstaat entfällt ein Besteuerungsrecht des Wohnsitzstaats des Arbeitnehmers (Absatz 2).

Personen, die Mitglied der Besatzung eines Seeschiffes oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr sind, können mit ihren Arbeitsvergütungen nur in dem Staat der Geschäftsleitung des die Vergütungen zahlenden Unternehmens besteuert werden. Soweit die Vergütungen dort von der Steuer befreit sind, hat der andere Staat das Besteuerungsrecht (Absatz 3). Hier wird außerdem bestimmt, daß das in Norwegen ansässige fliegende Personal der SAS im internationalen Verkehr nur in Norwegen besteuert werden kann.

Die Nummern 5 und 6 des Protokolls zum Abkommen enthalten ergänzende Regelungen. Danach können die an Leiharbeitnehmer gezahlten Arbeitsvergütungen ohne Beschränkung im Tätigkeitsstaat besteuert werden (Nummer 5). Nummer 6 enthält eine Sonderregelung für den Fall, daß über den Ort der Geschäftsleitung eines Seeschiffes oder Luftfahrt betreibenden Unternehmens kein Einvernehmen erreicht werden kann.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel dürfen Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung der Künstler und Berufssportler. Das bisherige Abkommen enthielt keine besondere Bestimmung für diesen Personenkreis. Artikel 8 Abs. 2 sah lediglich eine Regelung für die Einkünfte aus selbständiger künstlerischer oder sportlicher Tätigkeit vor. Nach der Neuregelung, die weitgehend dem OECD-Musterabkommen nachgebildet ist, dürfen Künstler und Sportler ungeachtet der Regelungen in den Artikeln 7, 14 und 15 im Tätigkeitsstaat besteuert werden (Absatz 1). Absatz 2 enthält eine Regelung zur Verhinderung von Steuerumgehungen. Danach bleibt das Besteuerungsrecht des Tätigkeitsstaats auch dann erhalten, wenn die

Vergütungen einer anderen Person als dem Künstler oder Sportler zufließen. Nach Absatz 3 verbleibt das Besteuerungsrecht beim Wohnsitzstaat, wenn der Auftritt des Künstlers oder Sportlers im anderen Staat im wesentlichen aus öffentlichen Kassen des Wohnsitzstaats unterstützt wird.

Zu Artikel 18

Nach Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen nur im Wohnsitzstaat besteuert werden. Ruhegehälter und Renten, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, dürfen dagegen nur im Quellenstaat besteuert werden. Dies gilt auch für Wiedergutmachungsleistungen als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung (Absatz 2). Absatz 3 bestimmt, daß Leistungen aufgrund des deutschen Sozialversicherungsrechts nur in Deutschland als dem Quellenstaat besteuert werden können. Diese Regelung dient dem Schutz deutscher Renten vor der Besteuerung in Norwegen. Dort werden Renten im allgemeinen voll besteuert, während sie in Deutschland nur mit dem sogenannten „Ertragsanteil“ steuerpflichtig sind. Absatz 4 enthält eine besondere Regelung für Unterhaltszahlungen. Diese sind im Wohnsitzstaat des Empfängers dann steuerfrei, wenn sie in dem Staat, in dem der Leistende ansässig ist, steuerlich nicht abzugsfähig sind.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Arbeitsvergütungen aus öffentlichen Kassen. Derartige Bezüge bleiben nach Absatz 1 Buchstabe a grundsätzlich dem Kassenstaat zur ausschließlichen Besteuerung vorbehalten. Jedoch ist der Wohnsitzstaat nach Absatz 1 Buchstabe b dann ausschließlich steuerberechtigt, wenn die dort geleisteten Dienste von einer dort ansässigen Person erbracht werden, die entweder die Staatsangehörigkeit des Wohnsitzstaats besitzt oder die aus persönlichen Gründen in diesem Staat ansässig geworden ist.

Diese Regelung führt dazu, daß sogenannte „Ortskräfte“ mit norwegischer Staatsangehörigkeit oder der Staatsangehörigkeit eines Drittlandes bei den norwegischen diplomatischen oder konsularischen Vertretungen in Deutschland nur besteuert werden können, sofern sie aus persönlichen Gründen hier ansässig geworden sind. Dieses sich aus dem Abkommen ergebende Besteuerungsrecht kann in Deutschland nach dem geltenden innerstaatlichen Recht nicht ausgeschöpft werden. Nach § 3 Nr. 29 des Einkommensteuergesetzes sind Bezüge, die ausländische diplomatische oder konsularische Vertretungen an in ihren Diensten stehende Personen in Deutschland zahlen, dann steuerbefreit, wenn diese nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Zur Vermeidung von ungerechtfertigten Steuervorteilen für diesen Personenkreis, der bei den norwegischen Vertretungen in Deutschland beschäftigt ist, sieht Nummer 7 des Protokolls zum Abkommen bis auf weiteres eine Regelung vor, nach der das Besteuerungsrecht nur dann dem Wohnsitzstaat zusteht, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden, die Person in diesem Staat ansässig und Staatsangehöriger dieses Staates ist. Für andere Personen bleibt das Besteuerungsrecht des Quellenstaats uneingeschränkt bestehen. Damit ist auch dem deutschen Anliegen Rechnung getragen, die Besteuerung von deutschen Ortskräften in Norwegen bis auf weiteres der Bundesrepublik als dem Quellenstaat vorzubehalten.

Absatz 2 enthält die übliche Klausel für Zahlungen von Betrieben gewerblicher Art der Gebietskörperschaften. Absatz 3 stellt die Arbeitsvergütungen von bestimmten Institutionen, wie z. B. Staatsbanken, den Bezügen aus öffentlichen Kassen gleich.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel enthält Sonderregelungen für Einkünfte aus Tätigkeiten auf dem Festlandsockel beider Staaten. Die Einkünfte aus den mit der Öl- und Gasförderung auf dem norwegischen Festlandsockel zusammenhängenden Tätigkeiten wurden von Norwegen bereits in der Vergangenheit umfassend besteuert. Das bisherige Abkommen hat nach norwegischer Auffassung nicht für den Festlandsockel gegolten. Diese Auffassung hat die deutsche Seite immer bestritten. Durch die neuen Bestimmungen wird eine klare Rechtslage geschaffen; außerdem bringen sie Verbesserungen für Tätigkeiten von kurzer Dauer auf dem Festlandsockel.

Gemäß Absatz 1 geht der Artikel allen anderen Abkommensbestimmungen vor. Absatz 2 bestimmt, daß alle Unternehmensgewinne aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung der Bodenschätze auf dem Festlandsockel beider Staaten im Tätigkeitsstaat besteuert werden können. Das Besteuerungsrecht des Tätigkeitsstaats ist lediglich dann nicht gegeben, wenn die unternehmerischen Tätigkeiten höchstens an dreißig Tagen während eines Zeitraums von zwölf Monaten ausgeübt werden. Für die Gewinnabgrenzung gelten die allgemeinen Grundsätze der Gewinnermittlung von Betriebsstätten in Artikel 7 Absätze 2 und 3 entsprechend. Absatz 3 des Artikels stellt ergänzend fest, daß zur Verhinderung von Mißbräuchen zeitlich beschränkte Tätigkeiten verbundener Unternehmen zur Berechnung der Dreißig-Tage-Frist zusammenzurechnen sind.

Nach Absatz 4 dürfen Gewinne aus Beförderungsleistungen zur Versorgung der Arbeitsorte auf dem Festlandsockel nur im Staat der Geschäftsleitung des ausführenden Unternehmens besteuert werden.

Absatz 5 behandelt – entsprechend den Regelungen in den Absätzen 2 und 4 – die Besteuerung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung der Bodenschätze auf dem Festlandsockel. Sofern die Arbeiten während eines Zeitraums von zwölf Monaten länger als dreißig Tage ausgeführt werden, wird das Besteuerungsrecht dem Tätigkeitsstaat zugewiesen (Buchstabe a). Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit an Bord von Schiffen oder Luftfahrzeugen im Zusammenhang mit den Beförderungsleistungen zur Versorgung der Arbeitsorte auf dem Festlandsockel dürfen nur in dem Staat der Geschäftsleitung des ausführenden Unternehmens besteuert werden (Buchstabe b).

Absatz 6 regelt die Zuteilung des Besteuerungsrechts von Gewinnen aus der Veräußerung von Vermögen, das im Zusammenhang mit der Erforschung oder Ausbeutung der Bodenschätze auf dem Festlandsockel entsteht. Diese Gewinne können im Tätigkeitsstaat besteuert werden.

Zu Artikel 21

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht für Einkünfte, die in den anderen Artikeln des Abkommens nicht behandelt werden, ausschließlich dem Wohnsitzstaat zur Besteuerung zu. Der Anwendungsbereich des Artikels beschränkt sich nicht auf Einkünfte aus den beiden Vertragsstaaten;

er gilt auch für Einkünfte aus Drittstaaten. Absatz 2 sieht eine Ausnahme für Einkünfte vor, die mit der Tätigkeit einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung zusammenhängen, die eine Person im anderen Vertragsstaat hat. Nummer 8 des Protokolls zum Abkommen enthält eine Sonderregelung für Unterstützungszahlungen an Studenten, Praktikanten oder Lehrlinge.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens. Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung gehört, im Belegenheitsstaat besteuert werden. Für Seeschiffe, Luftfahrzeuge und Container im internationalen Verkehr weist Absatz 3 das Besteuerungsrecht dem Staat zu, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Dies gilt auch für bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Verkehrsmittel dient. Alle anderen Vermögensteile dürfen nach Absatz 4 nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die nach dem Abkommen auch im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können. Während bisher die Doppelbesteuerung in beiden Staaten fast ausschließlich durch die Freistellungsmethode (Ausnahme: Schachteldividenden) vermieden wurde, wird sie nunmehr – der neueren Vertragspraxis beider Staaten folgend – verstärkt durch die Anrechnungsmethode vermieden.

Absatz 1 bestimmt, wie Norwegen bei einer in seinem Gebiet ansässigen Person die Doppelbesteuerung vermeidet. Sie wird bei den nachfolgend genannten Einkünften durch Anrechnung der deutschen Steuer vermieden:

- Dividenden aus Streubesitz sowie gewinnabhängige Vergütungen im Sinne der Nummer 3 Buchstabe b des Protokolls zum Abkommen (Artikel 10),
- Veräußerungsgewinne im Sinne des Artikels 13 Absätze 4 und 5,
- Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen (Artikel 16),
- Einkünfte aus der Tätigkeit als Künstler oder Sportler (Artikel 17),
- Einkünfte im Zusammenhang mit Tätigkeiten auf dem Festlandsockel (Artikel 20).

Bei allen anderen Einkünften und Vermögenswerten sieht Absatz 1 die Vermeidung der Doppelbesteuerung durch Freistellung mit Progressionsvorbehalt vor. Der Progressionsvorbehalt wird allerdings zur Zeit von Norwegen nicht angewandt. Die Freistellung deutscher Dividenden aus Schachtelbeteiligungen norwegischer Unternehmen an deutschen Gesellschaften wird nur noch für das Kalenderjahr 1991 praktisch, nachdem das norwegische Steuerrecht durch das Gesetz vom 20. Juli 1991 (Steuerreform 1992) geändert wurde. Danach wird die doppelte Besteuerung der genannten Einkünfte künftig durch die anteilige Anrechnung der von der deutschen Tochtergesellschaft gezahlten Körperschaftsteuer vermieden (indirekte Anrechnung).

Ist die Bundesrepublik Deutschland der Wohnsitzstaat, so wird eine doppelte Besteuerung der Einkünfte und der

Vermögenswerte, die auch in Norwegen besteuert werden können, gemäß Absatz 2 entsprechend bei den nachfolgend genannten Einkünften durch Anrechnung vermieden:

- Dividenden aus Streubesitz sowie gewinnabhängige Vergütungen im Sinne der Nummer 3 Buchstabe b des Protokolls zum Abkommen (Artikel 10),
- Veräußerungsgewinne im Sinne des Artikels 13 Absätze 4 und 5,
- Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen (Artikel 16),
- Einkünfte aus der Tätigkeit als Künstler oder Sportler (Artikel 17),
- Einkünfte im Zusammenhang mit Tätigkeiten auf dem Festlandsockel (Artikel 20).

Bei allen anderen Einkünften und Vermögenswerten wird die Doppelbesteuerung durch Freistellung mit Progressionsvorbehalt vermieden.

Nummer 10 des Protokolls zum Abkommen enthält ergänzende Regelungen, die die Anwendungsbereiche von Freistellungs- und Anrechnungsmethode sachgerecht abgrenzen. So ist vorgesehen, daß bei Qualifikationskonflikten Doppelbesteuerungen durch Anrechnung vermieden werden. Andererseits wird verhindert, daß Einkünfte wegen eines Qualifikationskonflikts unbesteuert bleiben (Buchstabe a Unterbuchstabe bb).

Buchstabe b berücksichtigt, daß die Freistellungsmethode in einzelnen Fällen zu ungerechtfertigten Doppelentlastungen führen kann, z. B. weil die nationalen Steuerrechte sich unterschiedlich entwickeln oder weil dies durch geeignete steuerlich motivierte Gestaltungen herbeigeführt wird. Dies könnte nur durch einen allgemeinen Übergang zur Anrechnungsmethode vermieden werden. Ein solcher Übergang erscheint nicht angezeigt. Daher ist vorgesehen, daß jeder der Vertragsstaaten in diesen Fällen durch besondere Notifizierung vom Freistellungs- zum Anrechnungsverfahren übergehen kann, um unangemessene Auswirkungen zu verhindern.

Nummer 9 des Protokolls stellt klar, daß die Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach dem deutschen Körperschaftsteuerrecht bei der Weiterausschüttung von aus Norwegen stammenden Einkünften nicht im Wege steht.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel soll steuerliche Diskriminierungen verhindern; entsprechend dem OECD-Musterabkommen gilt er auch für Steuern, die nicht unter das Abkommen fallen.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel sieht vor, daß sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Schwierigkeiten bei der Auslegung und Anwendung des Abkommens im beiderseitigen Einvernehmen regeln (Absätze 1 bis 3). In Absatz 4 sind diese Möglichkeiten – über das OECD-Musterabkommen hinausgehend – für die wichtigsten Bereiche nochmals besonders herausgestellt. Absatz 5 begründet in Verfahren, die sich auf einen Einzelfall beziehen, ein Anhörungsrecht der Betroffenen.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel regelt den zwischenstaatlichen Austausch von Informationen, die zur Durchführung des Abkommens

und des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten erforderlich sind. Die übermittelten Auskünfte dürfen jedoch in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung nur offengelegt werden, wenn die zuständige Behörde des die Auskünfte erteilenden Vertragsstaats dagegen keine Einwendungen erhebt.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel enthält die Bestimmungen über die zwischenstaatliche Amtshilfe bei der Einziehung der Steuern, die unter das Abkommen fallen. Er entspricht den Regelungen in Artikel 23 des früheren Abkommens. Die Vertragsstaaten werden sich dabei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Hilfe leisten, wenn die einzuziehenden Beträge nach den Gesetzen des ersuchenden Staates rechtskräftig geschuldet sind (Absatz 1). Die Absätze 2 und 3 enthalten Verfahrensvorschriften. Nach Absatz 4 kann bei noch nicht rechtskräftigen Steuerforderungen der Gläubigerstaat den anderen Staat ersuchen, Sicherungsmaßnahmen, die nach dessen Bestimmungen möglich sind, durchzuführen.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel regelt die Durchführung der Abkommensbestimmungen zur Entlastung von den Abzugsteuern im jeweiligen Quellenstaat. Nach Absatz 1 bleibt es jedem Vertragsstaat unbenommen, trotz entgegenstehender Abkommensbestimmungen zunächst die nach seinem innerstaatlichen Recht entstandene Quellensteuer uneingeschränkt zu erheben. Die Abkommensvergünstigungen werden nur auf Antrag gewährt. Dabei ist nach Absatz 2 als Regelverfahren das Erstattungsverfahren vorgesehen. Es kann im Verständigungswege auch durch andere Verfahren, z. B. durch ein Freistellungsverfahren, ersetzt werden (Absatz 6).

Zu Artikel 29

Dieser Artikel enthält den üblichen Vorbehalt weitergehender Vorrechte der Mitglieder diplomatischer und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel regelt die Ratifikation, das Inkrafttreten und die erstmalige Anwendung des Abkommens. Nach seinem Absatz 2 tritt es einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist rückwirkend ab dem Kalenderjahr 1991 anzuwenden. Gemäß Absatz 3 gilt die Rückwirkung hinsichtlich der Schachteldividenden im Sinne des Artikels 10 Abs. 4 Buchstabe a erst ab 1. Januar 1992.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kann eine rückwirkende Anwendung von Gesetzen oder völkerrechtlichen Verträgen nicht zu einer Verschlechterung für den Steuerpflichtigen führen. Hierzu bestimmt das Vertragsgesetz zum Abkommen, daß sich in den Fällen, in denen bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens unter Berücksichtigung der jeweiligen Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland und im Königreich Norwegen insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, ein etwaiger Steuermehrbetrag nicht festgesetzt wird (Artikel 2 des Gesetzes).

Zu Artikel 31

Dieser Artikel enthält die üblichen Bestimmungen über eine eventuelle Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.

18.12.92

Stellungnahme
des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Oktober 1991
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich
Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über
gegenseitige Amtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom
Einkommen und vom Vermögen

Der Bundesrat hat in seiner 650. Sitzung am 18. Dezember 1992
gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen,
gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.